P R O T O K O L L

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag, 21. Jänner 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Ing. Günter Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ernst Platzer
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Strasser
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Treml
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR. Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor Stellvertreter OSR. Mag. Johann Rabl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Techn. Direktor TOAR. Ing. Wolfgang Wein
OAR. Helmut Riedler
Dr. Kurt Schmidl
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard Alphasamer
Eveline Winklmayr

In diesem Protokoll enthaltene Auslassungen sind auf ein technisches Gebrechen am Aufzeichnungsgerät für diese Gemeinderatssitzung zurückzuführen und konnten aufgrund der technischen Aufzeichnungsmängel sowie auch der Unmöglichkeit der nachträglichen Rekonstruktion des Inhaltes der Wortmeldung nicht ergänzt werden.

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates

GHJ2-7192/87	Sonderschule Industriestraße 4 - 6; Heizungsrohrbruch
GHJ2-5790/87	Ehemaliges VHS-Gebäude Steyr, Promenade 9, Adaptierungsarbeiten, Auftragserweiterung; Ergänzung des GR. Beschlusses vom 5. 11. 1987
GHJ2-7690/87	Amtsgebäude Promenade 9; Ankauf von Einrichtungsgegenständen
ÖAG - 4002/86 Präs - 31/83	Stadtwerke Steyr - Verkehrsbetrieb; Grundleistung; Aufstockung
VerkR-4725/85	B 122 Voralpenstraße; Errichtung einer Blinkampel bei der Tankstelle Poxleitner
SH - 600	Zentralaltersheim; Bewilligung einer Kreditüberschreitung
FW-7065/87	Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Gelenkbühne O-35.097; Service- und Reparaturarbeiten
Bau6-5135/83	Erstellung des Kanaldetailprojektes für den Stadtteil Steyrdorf - Wehrgraben; Schlußzahlung
SH - 5204/87	Ferienaktion diverser Jugendorganisationen; Subventionierung durch die Stadt Steyr
Bau3-5055/83	Ausbau der Reindlgutstraße; Endabrechnung der Grundablösen
Ha-7381/87	Zentralaltersheim; Bewilligung einer Kreditüberschreitung
Ha-6371/87	Betreuung des Vogelhauses im Schloßpark; Refundierung der Futterkosten

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

1) K - 7095/80 — Museum der industriellen Arbeitswelt; Subventionsgewährung

2) Ha - 7380/87 — Rückzahlung der für das Jahr 1987 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

3) Ha - 7423/87 — Aufnahme eines Kommunaldarlehens bei der Creditanstalt

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

4) Ha - 3202/86
Ha - 6342/80 — Kirchliche Ensembles in Steyr; Stadtpfarrkirche; Restaurierung des Turmes des Daches

5) Ha - 3841/79 — Kirchliche Ensembles in Steyr; Kloster Gleink; Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches

6) Ha - 7457/86 — Kirchliche Ensembles in Steyr; Vorstadtpfarrkirche St. Michael; Restaurierung des Innenraumes

BERICHTERSTATTER STADATRAT INGRID EHRENHUBER

7) Bau5 - 4999/86 — Hort Resthof; Einbau von zwei Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes am Resthof; Auftragserweiterung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

8) Bau4 - 5240/85 — Museumsteg, Schloßleitenweg und Verbindung zum Schloß Lamberg; Schlußrechnung Teil B (Schloßleitenweg und Verbindung zum Schloß Lamberg); Ergänzung der GR.-Beschlüsse vom 26. 6. 1986, 27. 11. 1986 und 12. 5. 1987

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

9) ÖAG - 4846/87
Stadtwerke — Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1986

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

10) ÖAG - 4636/87 Verkauf des Tabor-Restaurants, Steyr, Taborweg 7, an Herrn Siegfried Mayr, St. Ulrich 5

11) Bau2 - 4460/86 Aufschließungsübereinkommen mit der Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H. für Grundstück nahe Dachsbergweg

12) Bau3 - 4314/87 Aufschließungsübereinkommen mit der Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H. für Grundstück Sportplatz Fachschulstraße (ATV-Anlage)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung des Gemeinderates begrüßen und darf die Sitzung eröffnen. Feststellen möchte ich, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich bitte die Herren Gemeinderäte Lang und Treml um die Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Ich danke für die Zustimmung. Entschuldigt haben sich die Herren Gemeinderäte Schlager und Brandstötter.
Nun kommen wir zur Behandlung von allfälligen Anfragen, nämlich zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich darf Ihnen den jüngsten Bericht der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bekanntgeben.
Als angespannt kann die Lage am lokalen Arbeitsmarkt bezeichnet werden: es treffen die letzten Kündigungen der Fahrzeugindustrie im Jahre 1987 mit den jahreszeitlich bedingten Freistellungen im Baugewerbe zusammen, sodaß sich für Statistiker ein tristes Bild ergibt. Die Arbeitslosenrate im Bezirk Steyr betrug Ende 1987 8,2 %, das sind um 0,5 %-Punkte mehr als im Vergleichsmonat 1986.
Wesentlich größere Sorgen als diese Bestandszahlen bereitet die Entwicklung der Arbeitslosigkeit: es zeigt sich eine steigende Tendenz der Zuwachsrate, sodaß auch für die Folgemonate eher mit einer Verschärfung als mit einer Beruhigung am Arbeitsmarkt gerechnet werden muß.
Ende Dezember waren beim Arbeitsamt Steyr 3088 Personen arbeitslos gemeldet. Davon waren 1967 Männer und 1121 Frauen. Im Vergleich zum Vormonat errechnet sich eine Zunahme von 583 oder 23,3 % (männlich: + 524, d.s. 36,3 %, weiblich: + 59 oder 5,6 %). Wie zu erwarten war, sind die größten Zuwachsraten im Baubereich (+ 252 oder 97,3 %), sowie im Metallbereich (+ 141 oder 26,1 %) zu verzeichnen. Ein nennenswerter Rückgang ist in der Berufsgruppe Fremdenverkehr gegeben, wo trotz der für diese Sparte ungünstigen Witterung ein Minus von 75 oder 21,4 % zu Buche schlägt.
Im Jahresvergleich zeigt sich das oben angesprochene Bild am lokalen Arbeitsmarkt noch deutlicher: Ende Dezember betrug der Abstand bei den Vorgemerktenzahlen 177 oder 6,2 %, davon 49 Männer und 128 Frauen. Interessant bei der Gegenüberstellung im Jahresabstand ist vor allen Dingen, daß im Metallbereich heuer trotz der im Spätherbst stattgefundenen Kündigungswelle der Fahrzeugindustrie um 33 oder 5,5 % weniger Vorgemerkte als 1986 zu verzeichnen sind. Da auch im Baubereich weniger Arbeitslose gemeldet sind, ist wohl die Vermutung zulässig, daß in den übrigen Branchen im Jahresvergleich eine zum Teil deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vorliegt.
Bei den offenen Stellen war, wie schon in den Vormonaten, ein weiterer Rückgang festzustellen, sodaß Ende Dezember 1987 nur mehr 177 Posten ausgeschrieben waren. Die bereits im Vormonat bemängelte Struktur des Stellenangebotes hat sich weiterhin verschlechtert, es sind noch immer 32 Stellen für Versicherungsvertreter ausgeschrieben. Durch den Rückgang der G esamtzahl der Stellenangebote ist der relative Anteil dieses Bereiches gestiegen und beträgt nun schon beinahe 20 %. Im Metallbereich ist die Lage nach wie vor sehr angespannt. Von den Klein- und Mittelbetrieben gehen keine besonderen Beschäftigungsimpulse aus, die Situation der Industrie ist hinlänglich bekannt. Aufgrund der Kombination beider Faktoren steht zu befürchten, daß der hohe Vorgemerktenstand in absehbarer Zukunft zumindest erhalten bleibt.
Soweit die Mitteilung über die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sich derzeit nicht als sehr günstig ergibt. Ich möchte noch kurz eine Mitteilung zu den Richtlinien zur objektiven Wohnungsvergabe bekanntgeben:
Zu dem in der letzten Sitzung des Gemeinderates seitens der ÖVP-Fraktion überreichten Antrag zur Beschlußfassung von Richtlinien zur objektiven Vergabe von Wohnungen kann ich mitteilen, daß ich nach Herstellung des Einver-

nehmens mit Herrn Vizebürgermeister Holub den gesamten Fragenkomplex dem gemeinderätlichen Wohnungsausschuß zur Vorberatung zugewiesen habe. Es wird versucht werden, den vorliegenden Antrag innerhalb einer angemessenen Frist von etwa 3 Monaten einer geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zuzuführen. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.
Zu Punkt 4, Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs.3, darf ich so wie immer mitteilen, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden und eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse der Gemeinderatseinladung beiliegt.
Wir kommen damit zu Punkt 5, zu den Verhandlungsgegenständen und hier bitte ich Kollegen Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.Im ersten Antrag geht es um die Gewährung einer Subvention in der Höhe von S 1 Mio. an den Verein Museum Arbeitswelt. Es wurde von der Gemeindeabteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung zusätzlich eine Bedarfszuweisung zusätzlich eine Bedarfszuweisung von S 1 Mio. für die Errichtung dieses Museums gewährt. Diese Unterstützungszahlung wurde aufgrund der Tatsache, daß derartige Subventionen nur an Gebietskörperschaften gewährt werden können, nicht direkt dem Verein Museum Arbeitswelt, sondern von der Stadt Steyr, die ja ein Mitglied dieses Vereines ist, verbunden mit der Auflage gewährt, diese Förderungsmittel unverzüglich an den Verein Museum Arbeitswelt weiterzuleiten. Wir wollen nunmehr diesen Auftrag des Förderungsgebers, nämlich den genannten Betrag überweisen und ich bitte Sie folgenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

1) K - 7095/80
Museum der industriellen Arbeitswelt; Subventionsgewährung

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. 12. 1987 wird dem Verein Museum Arbeitswelt zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt im Steyrer Wehrgraben eine Subvention in Höhe von S 1 Mio. gewährt.
Die hiefür erforderlichen Mittel in Höhe von
S 1,000.000,-- (einemillion)
werden bei VSt 5/3600/777090.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Gibt es eine gegenteilige Meinung oder Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist der erste Antrag einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag bitte ich Sie,so wie alle Jahre,die im Jahre 1987 abgeführte Lustbarkeitsabgabebeträge für die Sportvereine zurückzuerstatten. Es handelt sich um einen Betrag von S 318.000,--. Der Antrag lautet:

2) Ha - 7380/87
Rückzahlung der für das Jahr 1987 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 23.12.87 werden folgende im Jahr 1987 abgeführten Lustbarkeitsabgabebeträge für Sportveranstaltungen in Höhe von insgesamt S 318.000,-- an die in der Folge angeführten Steyrer Sportvereine im Subventionswege rückerstattet:

EDV

702	SK Vorwärts Steyr, Sektion Fußball	1987	S 296.743,--
19	SK Amateure Steyr, Sektion Fußball	1987	S 9.802,--
19	SK Amateure, Sektion Boxen	1987	S 1.346,--
22	ASV Bewegung, Sektion Fußball	1987	S 1.891,--
598	ATSV Steyr, Sektion Fußball	1987	S 756,--
192	Reitclub Steyr	1987	S 1.226,--
284	ATSV Vorwärts Steyr, Sektion Fußball	1987	S 3.237,--
284	ATSV Vorwärts Steyr, Sektion Eishockey	1986/87	S 2.999,--
			S 318.000,--

Die hiefür erforderlichen Mittel in der Höhe von
S 318.000,-- (dreihundertachtzehntausend)
werden bei VSt 1/2690/757000.9 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ergänzend dazu darf ich Ihnen mitteilen, daß beabsichtigt ist, bei der Verständigung der Sportorganisationen und Sportvereine über diese Rückvergütung darauf hinzuweisen, daß sie in ihrer Budgetierung für das Jahr 1988 eine allfällige Reduzierung ins Auge fassen sollen. Wir haben in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß im kommenden Jahr mit einer 50%igen Rückvergütung gerechnet werden kann. Ich glaube, die Vereine sollten wissen, daß solche Überlegungen derzeit im Raum stehen.

VIZEÜBRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben auch diesen Antrag gehört. Ist dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und ich übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe Ihnen heute einen Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Es geht um die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 16 Mio. Der Antrag lautet wie folgt:

3) Ha - 7423/87
Aufnahme eines Kommunaldar-
darlehens bei der Creditanstalt
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 4. 1. 1988 wird dem Abschluß eines Darlehensvertrages mit der Creditanstalt über eine Höhe von S 16 Mio. und mit den im Amtsbericht angeführten Konditionen zugestimmt.

Die Magistratsabteilung II wird ermächtigt, die näheren Darlehensbedingungen festzulegen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind. Danke. Gibt es Enthaltungen oder Gegenstimmen. Dieser Antrag ist gegen 1 Stimme beschlossen.
(1 Gegenstimme: GAL)
Nächster Berichterstatter ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe Ihnen 3 Anträge aus dem Referat Denkmalschutz vorzulegen. Zum einen soll im Rahmen des Städteförderungsabkommens hinsichtlich der Restaurierung der Stadtpfarrkirche die fällige Teilzahlung von S 400.000,-- freigegeben werden. Ich bitte um den entsprechenden Beschlußlaut zu diesem Antrag.

4) Ha - 3202/87
Ha - 6342/80
Kirchliche Ensembles in Steyr; Restaurierung der Stadtpfarrkirche; Turm und Dach

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 9. 12. 1987 wird der Stadtpfarre Steyr für Restaurierungsarbeaiten am Turm und Dach der Stadtpfarrkirche eine Beitragsleistung im Ausmaß von S 400.000,-- zuerkannt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 400.000,-- (vierhunderttausend)
werden bei VSt 5/3630/777100.9 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Gegenteilige Auffassungen oder Enthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Bei meinem zweiten Antrag sollen für die Rate 1987 für die Außenrestaurierung der kirchlichen Bereiche zum Kloster Gleink S 400.000,-- freigegeben werden und ersuche um Zustimmung.

5) Ha - 3841/79
Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung der kirchlichen Bereiche zum Kloster Gleink

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Gemeinderatsbeschluß vom 22. 1. 1987 wurde für die Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink eine Beihilfe von insgesamt S 1,2 Mio.,zahlbar in drei Jahresraten ab 1986, gewährt.
Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 9. 12. 1987 wird nunmehr der Mittelfreigabe für die Rate 1987 im Ausmaß von
S 400.000,-- (vierhunderttausend)
bei der VSt 5/3630/777100.9 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wortmeldungen ergeben sich keine. Auch keine Gegenstimmen oder Enthaltungen sind zu verzeichnen. Somit ist auch hier Einstimmigkeit gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Über den nächsten Antrag hinsichtlich der Restaurierung des Innenraumes der Vorstadtpfarrkirche St. Michael wurde noch kein Förderungsübereinkommen mit den Förderungsgebern abgeschlossen, dennoch will die Stadt ein Signal setzen in dieser Richtung und das Vorhaben ohne Abschluß eines derartigen Förderungsabkommens in Höhe von S 400.000,-- für das Rechnungsjahr 1987 noch fordern und ich bitte um entsprechende Zustimmung.

6) Ha - 7457/86
Kirchliche Ensembles in Steyr;
Vorstadtpfarrkirche St. Michael
Restaurierung des Innenraumes
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 9. 12. 1987 wird der Vorstadtpfarrkirche St. Michael zur Restaurierung des Innenraumes ein vorläufiger Zuschuß in der Höhe von S 400.000,-- gewährt.
Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 400.000,-- (vierhunderttausend)
werden bei VSt 5/3630/777100.9 im Rechnungsjahr 1987 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen sind auch nicht zu verzeichnen. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichte. Nächste ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Mein Antrag betrifft den Einbau von 2 Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes am Resthof und die Auftragsüberschreitungen. Der Antrag lautet:

7) Bau 5 - 4999/86
Hort Resthof; Mittelfreigabe; Bewilligung von Auftragsüberschreitungen
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 22. 12. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Einbau von zwei Hortgruppen im Untergeschoß des Sparkassengebäudes am Resthof nachstehende Auftragserweiterungen genehmigt:

1. Fa. Staudinger von S 182.307,08 um S 29.093,48 auf S 211.400,56
2. Fa. Elektrobau-AG von S 89.649,89 um S 17.886,92 auf S 107.536,81

Gleichzeitig werden die im Nachtragsvoranschlag noch zur Verfügung stehenden Mittel in der Höhe von
S 487.000,-- (vierhundertsiebenundachtzigtausend)
bei der VSt 5/2500/010320.6 freigegeben.
Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag die Zustimmung gibt. Danke. Gegenstimmen oder Enthaltungen liegen nicht vor. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke für den Bericht. Kollege Sablik ist der nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen die Schlußabrechnung für den Bau des Schloßleitenweges und des Verbindungsweges zum Schloß Lamberg vorzutragen. Der Antrag lautet:

8) Bau 4 - 5240/85
Neubau des Museumssteges und des Schloßleitenweges sowie Verbindung zum Schloß Lamberg; Schlußrechnung Teil B (Schloßleitenweg und Verbindung zum Schloß Lamberg); Auftragserweiterung; Ergänzung der Gemeinderatsbeschlüsse vom 26. 6. 1986, 27. 11. 1986 und 12. 5. 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Gemeinderatsbeschluß vom 26. 6. 1986 wurden die Baumeister- und Stahlbauarbeiten für die Errichtung des Museumssteges des Schloßleitenweges und der Verbindung zum Schloß Lamberg an die ARGE Museumsteg (Fa. Beer & Janischofsky-Hamberger-VOEST-Negrelli-Mayr-Bau) vergeben. Für den Teil B, Schloßleitenweg und Verbindung zum Schloß Lamberg, betrug die Auftragssumme S 5,961.282,36 inkl. MWSt. Mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 27. 11. 1986 und 12. 5. 1987 wurde dieser Auftrag auf insgesamt S 6,672.686,76 inkl. MWSt. erweitert.

Nach Vorliegen der Schlußrechnung wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 2. 12. 1987 einer Auftragserweiterung um S 1,327.063,83 inkl. MWSt. (mit Preisgleitung)nachträglich zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 196.000,-- (Schilling einhundertsechsundneunzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/6160/002550.7 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von
S 400.000,-- (Schilling vierhunderttausend)
bei der VA-Stelle 5/6120/002460.3 auf die VA-Stelle 5/6160/002550.7 sowie
S 712.000,-- (Schilling siebenhundertzwölftausend)
bei VA-Stelle 5/6120/002270.6 auf die VA-Stelle 5/6160/002550.7 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragungen haben bei der Va-Stelle 5/6120/002460.3 und der VA-Stelle 5/6120/002270.6 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs.5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Fragen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine Gegenstimme oder eine Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Danke für den Bericht. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute einen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzutragen, und zwar die Jahresbilanz 1986 der Stadtwerke Steyr. Vor der Verlesung meines Antrages möchte ich noch einige grundsätzliche Bemerkungen dazu machen.

Das Bilanzjahr 1986 war durch nicht unerhebliche Preisreduktionen beim Erdgas gekennzeichnet, wodurch der Gesamtumsatz gegenüber 1985 um S 3,7 Mio. oder 3,33 % niedriger war. so wurden für den Erdgasabgabepreis des Gaswerkes Steyr im Laufe des Jahres 1986 insgesamt 18,5 % Nachlaß gewährt. Umsatzsteigerungen konnten lediglich im Verkehrsbetrieb mit S 0,8 Mio. und im Stadtbad mit S 0,11 Mio. erreicht werden. Hingegen mußten Umsatzeinbußen in den Teilbetrieben Bestattung , Wasserwerk, Kunsteisbahn, Krematorium und Leichenhalle im Gesamtausmaß von S 0,86 Mio. hingenommen werden.
In allen Teilbetrieben wurden 1986 Gesamtinvestitionen in der Höhe von S 19,45 Mio., das sind um S 12,11 Mio. oder 147 % mehr als 1985, getätigt, wobei hiefür die Rücklagen 1985 im Ausmaß von S 5,65 Mio., die Anlagenabschreibung mit S 10,56 Mio. und Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds und des Landes Oberösterreich in der Höhe von S 1,4 Mio. herangezogen wurden. Der Rest der für die Investitionen notwendigen Mittel wurde durch aktivierte Eigenleistungen erbracht.
Im Jahre 1986 konnten bilanzwirksame Rücklagen in der Höhe von S 7,3 Mio. ausgewiesen werden, wobei lediglich im Teilbereich Gaswerk eine Steigerug durch die Einstandspreissenkung beim Erdgas möglich war und im Wasserwerk nur mehr rund 42 % der Rücklagen von 1985 gebildet werden konnten. Der Personalaufwand im Bilanzjahr 1986 hat S 39,4 Mio. betragen und ist um 5,2 % höher als 1985. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den beiden Teilbetrieben Verkehr und Kunsteisbahn zusätzlich Bedienstete aufgenommen wurden, die beim Verkehrsbetrieb aus der Betriebsaufnahme der Linie Gleink und beim Stadtbad aus der Ausdehnung der Öffnungszeiten im Hallenbad und der Sauna (Sonntag ganztätig geöffnet) resultiert. Der Gesamtbedienstetenstand betrug zum Jahresende 1986 114 Vollbeschäftigte und 3 Teilbeschäftigte sowie zwei Lehrlinge. In Relation zum Umsatz mußten 35,5 % des Umsatzes für die Deckung des Personalaufwandes herangezogen werden.
Bei einem städtischen Verkehrsbetrieb hat sich die gute Witterung des Jahres 1986 in einer um 96.600 Fahrgästen niedrigeren Frequenzzahl oder 2,6 % weniger gegenüber 1985 ausgewirkt, sodaß die Gesamtbeförderungszahl 1986 3,61 Mio. betragen hat. Erhebliche Steigerungsraten konnten bei den Mehrfahrtenscheinen und Schülerfreifahrten erreicht werden, wogegen vor allem bei den Einzelfahrscheinen sehr bedeutende Umsatzeinbußen gegeben waren. Die zum 1. 7. 1986 durch die Kraftfahrlinienbehörde genehmigte Tariferhöhung konnten die Einnahmen je Fahrgast und Kilometer von S 4,66 auf S 4,98, das sind + 6,86 %, gesteigert werden, sodaß der Verlust um 8,05 %, verbunden mit der 1986 gegebenen Treibstoffpreissenkung, von S 5,77 Mio. auf S 5,3 Mio. gesenkt werden konnte. Die Jahreskilometerleistung aller Fahrzeuge im Verkehrsbetrieb ist nur unwesentlich um 4.000 km auf 797.000 km gestiegen. Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch für 100 km ist von 42,2 Liter auf 43,8 Liter gestiegen und wird damit gegründet, daß 1986 ein vermehrter Einsatz der Gelenkbusse mit höherer Motorleistung gegeben war. Desgleichen wurden zwei neue Einzelomnibusse angeschafft, die gegenüber den Altfahrzeugen um 60 PS mehr Motorleistung aufweisen und daher auch einen etwas höheren Treibstoffverbrauch haben.
Im Teilbetrieb Bestattung wurden im Bilanzjahr 1986 248 Bestattungen, das sind um 55 oder 18,2 % weniger, durchgeführt, wobei diese Verringerung eine Allgemeinerscheinung ist. So waren 1986 im Stadtgebiet Steyr

um insgesamt 110 Bestattungsfälle weniger als 1985; der Anteil der städt. Bestattung an den Gesamtbestattungen lag bei 53 % und zeigt keine Veränderung gegenüber 1985.Im besonderen war ein Rückgang bei den Kremationsbestattungen (- 49) festzustellen, wodurch der Gesamtverlust der beiden Teilbetriebe Krematorium und Bestattung auf S 623.000,-- angestiegen ist. Eine nicht unerhebliche Verlustanhebung ist auch auf die 1986 noch nicht erfolgte Höchsttarifkorrektur für das Bestattergewerbe zurückzuführen.
Durch das Wasserwerk wurden im Berichtszeitraum S 6,9 Mio. in die Rohrnetzerweiterung investiert. So ist das Rohrnetz um 6,8 km auf 163,17 km angewachsen. Die Wasserförderung aus den beiden Brunnenfeldern Dietach und Tinsting hat sich nur unwesentlich um 0,86 % auf 4,45 Kubikmeter Wasser erhöht. Die vermehrte Rohrnetzinstandhaltung (Austausch der Absperrorgane) verbunden mit erhöhten Energie- und Personalkosten haben bewirkt, daß,wie bereits eingangs erwähnt,im Teilbetrieb Wasserwerk nur mehr S 1,5 Mio. oder 41,6 % des Jahres 1985 an bilanztechnischer Rücklage gebildet werden konnte. Die Kosten des aus dem Brunnen Tinsting geförderten Wassers sind 1986 auf 11,68/m^3 oder um 55,9 % mehr als 1985 angestiegen. Dies wird in den Energiepreiserhöhungen beim Strombezug und der 1986 erstmalig wöchentlich durchgeführten Wasseruntersuchungen begründet. Des weiteren wurden 1986 für diese Anlagenteile erstmalig die vollen Darlehenszinsen vorgeschrieben. Allgemein sei festgestellt, daß die Industrie 1986 um 150.000 m^3 Wasser weniger verbraucht hat und auch alle anderen Wasserbezieher eine verstärkte Spargesinnung zeigen.
Im Teilbetrieb Gaswerk wurden 1986 S 8,4 Mio. oder 66,3 % mehr als 1985 investiert. Diese Investitionen haben sich zu mehr als 50 % auf Neuaufschließungen in Münichholz, Haratzmüllerstraße und Stadtbad erstreckt. Die Betriebserträge im Gaswerk waren um S 3,7 Mio. trotz Umsatzsteigerung um 1,81 % auf 12,16 Mio. m^3 verringert. Dies liegt,wie bereits erwähnt, in den 1986 gewährten Preisnachlässen im Gesamtausmaß von 18,5 %. Die erwähnte Neuaufschließung fand 1986 im Umsatz keinen Niederschlag, da die Versorgungsaufnahme erst in den Monaten November, Dezember gegeben war. Hinsichtlich der Rohrnetzsanierung konnte das Gaswerk diese bis auf wenige im Altstadtbereich gelegene Leitungsteile, die gemeinsam mit dem Kanalbauvorhaben der MA. III saniert werden, abschließen, sodaß in den Folgejahren eine vermehrte Neuaufschließung möglich ist.
Die beiden Freizeiteinrichtungen Bäder und Kunsteisbahn erwirtschafteten 1986 einen Gesamtverlust von S 6,24 Mio., der um 2,2 % oder S 120.000,-- höher als 1985 ist. Diese sehr geringe Verluststeigerung ist einerseits auf die überaus schöne Witterung im Sommer 1986 und andererseits auf die gesunkenen Rohenergiepreise (Erdgas) sowie auf die Tarifkorrektur zum 1. 7. 1986 zurückzuführen.
Im Hallenbad konnte eine Besuchersteigerung um 3,9 % und in der Sauna ein Besucherrückgang um 0,69 % vermerkt werden. Im Bereich der Kunsteisbahn konnte trotz einer Steigerung um vier Schleiftage von 129 auf 133 nur eine Besucherzahlanhebung um 268 oder 0,6 % festgestellt werden.
Aus dem von mir nun vorgetragenen Bericht ist ersichtlich, daß die Stadtwerke als Unternehmen der Stadt Steyr auch 1986 vor allem wegen der getätigten Investitionen ein nicht unerheblicher Wirtschaftsfaktor waren und in einigen Stadtteilen ihre Versorgungsdienste im Bereich der Gas- und Wasserversorgung neu anbieten konnten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Stadtwerke trotz ihrer angespannten Finazlage im Bilanzjahr 1986 an die Stadt eine Gebrauchsabgabe in der Höhe von S 2,55 Mio. leisteten.
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf nun den Antrag selbst zur Vorlesung bringen:

9) ÖAG-Stadtwerke - 4846/87
Stadtwerke Steyr
Jahresbilanz 1986

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die beiliegende Jahresbilanz 1986 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 58 Abs. 4 bzw. § 59 Abs. 2 Z. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1980 der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Wasserwerk	S 1,500.000,--
Gaswerk	S 3,200.000,--
	S 4,700.000,--

sowie der Bildung einer Gasversorgungsförderungsrücklage in Höhe von

S 4,118.000,--

zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke für den Bericht. Zum Wort hat sich Kollege Treml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Jahresbilanz der Stadtwerke 1986 weist in den Teilbetrieben Verluste, aber auch Gewinne und Rücklagen aus. Die Verluste beim Verkehrsbetrieb, Bestattung, Krematorium und Leichenhalle, Stadtbad und Kunsteisbahn betragen zusammen S 12,199.828,--. Allein die städtischen Bäder und die Kunsteisbahn erbrachten einen Verlust von S 6,238.929,-- Schilling bei 196.000 Besuchern bzw. Benützern. Durch gemeinsame Beschlüsse im Gemeinderat wurde dieser Betrag, dieser Verlust von der Stadtgemeinde getragen. Beim Verkehrsbetreib kam es zu einem Verlust von S 5,391.720,--, gegen über 1985 verminderte sich allerdings der Verlust um rund 6,5 %. Aber neben den angeführten Verlusten gibt es auch Teilbetriebe, in denen schöne Gewinne und Rücklagen erzielt wurden. Und zwar im Gaswerk und Wasserwerk in der Gesamthöhe von insgesamt S 8,871.000,--. Dazu, meine Damen und Herren, kommen Investitionen im Ausmaß von über S 17 Mio. Es wurden 2 Stadtbusse um S 3,4 Mio. bei den Steyr-Werken angekauft, Wasserleitungen wurden mit einem Kostenaufwand von S 6,1 Mio. verlegt, Gasleitungen um ca. S 6 Mio., eine Gasreduzierstation wurde errichtet und dafür waren S 1,3 Mio. notwendig, und für die Gas-Heizanlage Stadtbad wurden S 273.000,-- aufgewendet.

Die Jahresbilanz 1986 des Teilbetriebes Wasserwerk bestätigt meine Auffassung, daß die von der Mehrheit des Gemeinderates, in der Sitzung im November des Vorjahres, beschlossene Wasserpreiserhöhung im Ausmaß von 32 % nicht gerechtfertigt war.
Bekanntlich stimmte ich gegen die Erhöhung von S 5,50 auf S 7,26 je Kubikmeter sowie auch gegen die Erhöhung der Wasserleitungsanschlußgebühren um 16 %. Denn neben den Investitionen von mehr als S 6,5 Mio. konnten im Wasserwerk Gewinne und Rücklagen in der Höhe von mehr als S 1,5 Mio. gebildet werden. Im laufenden Jahr werden die Steyrer an

Wasser- und Wasseranschlußgebühren um S 3,8 Mio. mehr bezahlen. Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen, und dies zeigt auch die vorliegende Jahresbilanz 1986 sowie der Überprüfungsbericht, daß die Stadtwerke Steyr nach kaufmännischen Grundsätzen und mit großem Fachwissen von Dir. Riedler und Techn. Dir. Ing. Wein geführt werden. Sie werden von einem ausgezeichneten Team, von 119 Beamten und Bediensteten mit guter Arbeitsleistung unterstützt, die im Finanzjahr 1986 einen Umsatz von S 933.222,-- pro Kopf erzielten (einbezogen die Lehrlinge, Raumpflegerinnen und Aushilfskräfte).
Sie alle zusammen wirkten verantwortungsbewußt und sicherten für die Steyrer Bevölkerung und die Betriebe die Wasser- und Gasversorgung, den öffentlichen Autobusverkehr, den Badebetrieb im Frei- und Hallenbad sowie den Betrieb auf der Kunsteisbahn.
Die 199 Beschäftigten in den städtischen Betrieben - von der Leitung der Stadtwerke angefangen bis zum einfachen Bediensteten leisteten, wie aus den Ziffern und Zahlen der Bilanz 1986 ersichtlich, eine ausgezeichnete Arbeit. Ob an Werktagen, Sonn- und Feiertagen oder zur Nachtzeit, verbunden mit Gefahren, die Autobusfahrer im Straßenverkehr, durch die engen Straßen im Innerstadtbereich, oder die Gaswerksarbeiter bei oft gefährlichen Reparaturen.
Abschließend, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich Ihnen zwei Vorschläge machen:

1. Die Strafgelder von Verkehrssündern sollen nicht zum Stopfen von Budgetlöchern Verwendung finden, sondern sollen zur Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel verwendet werden.
   Nachdem 1987 12 Mio. Schilling Strafgelder in Steyr kassiert wurden und an die Stadtkasse abgeführt wurden, könnte man damit 6 zusätzliche Busse anschaffen oder den Fahrpreis der städt. Busse um rund ein Drittel reduzieren und den derzeitigen Verlust von S 6 Mio. decken.
   Eine solche Maßnahme würde zur wesentlichen Frequenzsteigerung bei der Benützung der städtischen Autobusse führen und der Individualverkehr würde sich wesentlich verringern sowie das derzeitige Defizit von S 6 Mio. beseitigen.
2. Ich möchte erneut vorschlagen, daß die Werbung für unsere städtischen Betriebe verstärkt bzw. verbessert wird. Ich schlage daher heute dem Gemeinderat konkret vor: man sollte Werbeeinschaltungen verstärken im Steyrer Amtsblatt, auch in den Tageszeitungen sowie in der Steyrer-Zeitung durchführen.

Diese Maßnahmen würden sicher zur Besucherfrequenzsteigerung der Bäder und Kunsteisbahn führen. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1986 wir im Freibad 61.576 Besucher zählen konnten bei 88 Badetagen und auch Kollege Steinmaßl erwähnte, daß ist eine Steigerung von 2,2 %. Im Hallenbad zählte man 60.059 Besucher, das ist immerhin eine Steigerung von fast 4 % gegenüber dem Finanzjahr 1985. Und in der Sauna zählte man sogar 30.278 Besucher. Hier könnte nur ein weiterer Ausbau es ermöglichen, daß wir mehr Besucher bekommen.
Diese 151.913 Besucher erbrachten Einnahmen von rund S 2,6 Mio. Bei der Kunsteisbahn konnten 44.744 Benützer gezählt werden, die eine Benütlzungsgebühr von mehr als 1/2 Mio. Schilling, also genau S 546.218,--, entrichteten. Ich habe auch beim Finanz- und Rechtsausschuß nur ganz kurz darauf hingewiesen, daß hier natürlich eine Frequenzsteigerung erreicht werden könnte, denn durch eine Überdeckung der Kunsteisbahn hätte man erstens die Saison länger ausbauen können und die Frequenzzahl der Besucher könnte man wesentlich steigern. In der derzeigigen Finanzsituation wird natürlich auf dieses Vorhaben weiter in der Tischlade bleiben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Holub ist der nächste Debattenredner.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat!
Der Vorlagebericht war sehr ausführlich. Am 27. 11. 1987 haben wir die Bilanz bzw. den Rechnungsabschluß 1985 besprochen. Ich kann nur sagen zu Tagesordnungspunkt 11 und den Seiten 400 und folgende und die Stellungnahme, die ich jetzt geben müßte, im wesentlichen wieder.
Die Wirtschaftssituation der Stadtwerke hat sich jedenfalls nicht gebessert. Die Liquidität ist nicht entspannt worden die Anspannung der Liquidität hat zugenommen. Die Feststellung, daß ein Jahr weiter vergangen ist und man ansich das Protokoll des letzten Jahres hernehmen könnte und mit geänderten Bilanzzahlen die Rede kongruent betrachten könnte. Die Dinge sind in der eingeschlagenen Richtung weitermarschiert. Es gab zwar Gespräche gegeben hinsichtlich der Verkehrsbetriebe und ich bedanke mich auch über die Ermöglichung der Gespräche und auch für das gute Klima, in dem wir die Anregungen der Österreichischen Volkspartei diskutieren konnten. Leider Gottes ist dabei nichts weitergegangen bis auf die Realisierung meines Vorschlages, die Mehrfahrtenkarten in den Banken abzugeben. Und die Umsatzsteigerung bei den Mehrfahrtenkarten beweist, daß dies die richtige Maßnahme war, die der Stadt kaum Geld zusätzlich kostet. Wenn man mit der Argumentationskette fortführte, die der Kollege Steinmaßl angezogen hat, daß natürlich mehr Mehrfahrtscheinkarten weniger Einzelfahrkarten bedeuten. Das belastet natürlich das Betriebsergebnis der Stadtwerke. Wenn man aber davon ausgeht, daß eventuell auch eine Mehrausnützung des städtischen Verkehrsmittel damit verbunden sein könnte, so wäre auch diese Abgabe richtig. Ich glaube, wir sollten nicht aufhören die Tarifgestaltung bei den städtischen Verkehrsmitteln zu überdenken, weil wir nicht umhin können der Öffentlichkeit zu sagen,daß es einer Stadtverwaltung ansich lieber sein müßte, wenn der Individualverkehr weniger und der Verkehr auf kommunalen Verkehrsmitteln oder öffentlichen Verkehrsmitteln mehr würde. Es ist wahrscheinlich billiger, Autobusse zu kaufen und die Fahrer für die Autobusse zu finanzieren, als ständig gewaltige Budgetmittel für Parkplätze, für Straßen zu widmen. Ich glaube, hier befinden wir uns in einer gedanklichen Übereinstimmung. Nur über die Wege, wie man zu attraktiven Tarifen kommen kann, wird man weiter sprechen müssen. Es gibt viele Möglichkeiten. Wir haben ja schon mehrfach unseren Vorschlag für Familien erwähnt, daß das Autobusfahren auch für Familien attraktiver sein könnte, als es das jetzt ist. Ich will das jetzt nicht endlos wiederholen. Denn allzu häufige Wiederholungen machen müde und aus Müdigkeit entsteht ja letztendlich der Fortschritt. Daher werde ich diese Dinge heute nicht machen. Ich werde aber nur bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Mehrheitsfraktion, lest euch ab und zu wieder durch, was wir schon geschrieben und besprochen haben. Vielleicht läßt sich das eine oder andere doch gemeinschaftlich in die Tat umsetzen. Ich glaube, wir sollten wirklich darüber nachdenken, ob nicht doch der im Vorjahr schon angekündigte Versuchsverkehr mit einem CIty-Bus der Steyr-Daimler-Puch AG wirklich einmal stattfinden sollte. Sonst sind wir in absehbarer Zeit die einzige Stadt, die keinen City-Bus verwendet. Es müßte doch machbar sein, mit massiver Anstrengung des Gemeinderates, daß man die hier ansässige Firma dazu bewegt, ein Testfahrzeug zur Verfügung zu stellen, noch dazu wo man hört, daß die jetzt auch den besten Motor auch. Das wäre wirklich einen Versuch wert, mit

dem City-Bus Steyrdorf zu erschließen, besser zu erschließen, als das jetzt mit dem großen Autobus möglich ist. Wer jemals im Winter den Fahrer bewundert hat, der vom Wieserfeldplatz durch das Schnallentor fahren muß oder von oben runter, wer sich das jemals angeschaut hat, der weiß, in welch schlimme Gefahren da nicht nur die Passagiere, sondern letztendlich auch die verantwortlichen Fahrer gefragt werden. Die Unfallquote bei den städt. Verkehrsbetrieben ist eine außerordentlich geringe. Das wurde in der Finanz- und Rechtsausschutzsitzung erwähnt, daß ich nicht ein Plagiat ohne Zitat begehe, denn offenbar gibt es jetzt seltsame Beobachtungen auch Plagiaten bzw. werden Plagiaten publiziert, die gar keine waren. Aber zurück zum Autobus. Ich glaube, wir sollten den Fahrern die Aufgabe erleichtern, indem wir ihnen ein Fahrzeugmaterial zur Hand geben, das für die Altstadt geeignet ist. Ich weiß, das kann nicht von heute auf morgen erledigt werden, das bedarf einer finanziellen Planung, aber zu einer finanziellen Planung gehört auch die Materialauswahl dazu und ich denke, daß auf der einen oder anderen unterfrequentierten Linie mit einem kleineren Fahrzeug auch die Betriebskosten gesenkt werden können. Die Fixkosten beim Fahrer bleiben diegleichen. Es ist ja wirklich so, daß der stärkere Motor ganz einfach mehr Treibstoff verbraucht. Wenn man mit einem kleineren Fahrzeug die Aufgabenstellung bewerkstelligen könnte, so ist auch hier eine Einsparung drinnen, wenngleich nicht bei den Personalkosten. Ich weiß, daß die Personalkosten in der Kalkulation eine sehr große Rolle spielen und die Treibstoffkosten im Verhältnis bei den geringen Kilometerzahlen pro Tag eine eher untergeordnete aber doch nicht ganz unbedeutende Rolle darstellen. Versuchen wir bitte, diesen Testbetrieb mit den Steyr-Werken doch zu vereinbaren, dann werden wir, glaube ich, zu einem nicht guten Ergebnis im Sinne der Akzeptanz der städtischen Verkehrsmittel kommen. Wir müssen uns schon Gedanken darüber machen, weil wir gehört haben, daß die Anzahl der beförderten Fahrgäste stagnierend eindeutig rückläufig ist. Das liegt sicherlich nicht im Sinne der Stadtwerke noch im Sinne der kommunalen Verwaltung, daß, wenn die Beförderungsleistung rückläufig ist, der Individualverkehr noch mehr zunehmen muß. Wir werden über den Individualverkehr und dessen Bedeutsamkeit sicherlich noch andere Gelegenheiten haben, zu diskutieren. Ich möchte abschließend den Stadtwerken wünschen, daß sie uns in Zukunft Betriebsergebnisse präsentieren können bei der Bilanzlegung, die den Verantwortlichen weniger Sorgen machen und auch den kuafmännischen Verantwortlichen in den Stadtwerken, weil er wahrscheinlich seine Liquiditätskennzahlen nicht mit großer Begeisterung sieht, daß er als Kaufmann in einer Tarifbegebenheit sich bewegen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, daß Tarife, die wir nicht allzusehr überreizen wollen, natürlich das Betriebsergebnis nicht positiv beiinflussen, ist eine feststehende Tatsache, der auch die Stadt damit Rechnung trägt, daß sie Verlustabdeckungen vornimmt. Ich erkläre im Namen meiner Fraktion unsere Zustimmung zur, wenn auch reichlich späten, doch erfolgten Bilanzvorlage.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke, Kollege Eichhübl ist der nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die Jahresbilanz der Stadtwerke, diesmal für 1986, ist eine im grundsätzlichen gleichbleibende, immer wiederkehrende Problematik, wenn man feststellt, daß einerseits Rücklagen und Gewinne in Millionenhöhe, andererseits Verluste in Millionenhöhe, ausgewiesen werden. Das führt daher zu immer wieder gleichbleibenden und bekannten Diskussionsbeiträgen und ver-

anlaßt auch mich heute wieder, auf einen finanziellen Ausgleich zwischen den Teilbetrieben der Stadt hinzuweisen, und auch daran zu erinnern, daß Tariferhöhungen nicht notwendig gewesen wären, die wir ja auch abgelehnt haben.
Geändert haben sich allerdings die Ziffern und Zahlen. Zum Vergleich darf ich einige nennen. Diese betreffen die Teilbetriebe der Stadtwerke gesamt:
1984: Verlust S 10,811.482,--, freie Rücklagen und Gewinne S 8,367.720,--, das ergibt dann einen Verlust oder ein Minus von S 2,443.762,--.
1985: Verlust S 12,263.235,50, freie Rücklagen und Gewinne S 5,743.588,65, das ergibt unterm Strich wiederum ein Minus von S 6,519.646,85.
Und nun zu den Zahlen, zur Bilanz, die heute zur Beschlußfassung vorliegt:
1986: Verlust S 12,253.545,07, freie Rücklagen und Gewinne S 4,753.716,86, dazu kommt erstmals eine Gasversorgungsförderungsrücklage in Höhe von S 4,118.000,--, das ergibt dann unter dem Strich ein Minus von S 3,831.829,21.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, allerdings darf man bei der Betrachtung dieser Zahlen nicht vergessen, daß dahinter Menschen stehen. Nämlich die Bediensteten der Stadtwerke, die unter entsprechender Leitung der verantwortlichen Herren Ing. Wein und OAR. Riedler sicher bemüht sind, den Bürgern unserer Stadt gute Dienstleistungen anzubieten. Und dies auch tun. Dienstleistungen, die aus den verschiedensten Gründen nicht kostendeckend sein können und die auch nicht zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind, so steht es ja auch im SPÖ-Parteiprogramm. Trotzdem ist es aber angebracht, sich um eine finanzielle Verbesserung der Stadtwerke Gedanken zu machen.
Nachdenklich stimmt zum Beispiel, daß der Verlust bei der Bestattung gegenüber 1985 um S 90.327,-- angestiegen ist, und am Ende des Jahres 1986 bereits S 478.949,-- ausgemacht hat. Private Unternehmer und deren Familien leben davon. Offensichtlich führen Tariferhöhungen bei den städt. Verkehrsbetrieben, nicht zu den erwarteten Mehreinnahmen, denn der Fahrscheinverkauf ist gegenüber 1985 von S 7,941.407,-- auf S 7,551.888 zurückgegangen. Das sind immerhin S 389.519,-- weniger. Man könnte durch Einführung von Kurzstreckentarifen, den Einsatz eines City-Busses, durch Einführung von Familientarifen,diesen städtischen Dienstleistungsbereich nicht nur attraktiver gestalten, sondern auch zu Mehreinnahmen kommen.
Man könnte aber auch die Tarife des Stadtbades in Richtung mehr Familienfreundlichkeit überprüfen.
Dies, meine Damen und Herren des Gemeinderates, waren nur einige Anmerkungen und Anregungen, die ich auch in der Hoffnung abgebe, daß die im Vorjahr angekündigten Gespräche der Fraktionsobmänner mit dem Referenten der Stadtwerke, Stadtrat Steinmaßl, heuer stattfinden werden.
Der Jahresbilanz der Stadtwerke gebe ich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke, Kollege Ramoser ist der nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
In vielen Bereichen kann ich mich den Ausführungen anschließen. Ich möchte nicht wieder von vorne anfangen, diese Zahlenreihe neu aufzuzählen. Ich bin natürlich auch dafür, daß man familienfreundliche Tarife im Stadtbad setzt, Familienfreundlichkeit bei den Verkehrsbetrieben setzt. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn das von Direktor Wein veranstaltete Verkehrsplanungsgespräch zustande gekommen wäre. Leider wurden wir hier nicht eingeladen und so konnten wir auch unsere Vorschläge für die Stadtwerke nicht bekanntgeben. Ich glaube, wenn man S 6 Mio. Verluste praktiziert

bei den Verkehrsbetrieben, so wäre es doch vielleicht auch möglich, die Ideen einer kleinen Gruppe anzuhören. Einen Teil dieser Ideen möchte ich hier bekanntgeben. Wir stellen uns vor, daß das Fahrradwegenetz in Steyr intensiv ausgebaut gehört, denn wir glauben, Verkehrsplanung muß auf Jahre geschehen und nicht von heute auf morgen.In einer umwelt- und menschengerechten Verkehrsplanung kommt dem Fahrrad eine wichtige Rolle zu. Es ist das einzige Verkehrsmittel,daß nicht an Zerstörung unserer Städte an Umwelt beiträgt. Es ist leise und völlig abgasfrei.Es hilft, den Körper des Menschen fitzuhalten. Man ist schneller als der Fußgänger und in den städtischen Kurzstrecken ist man auch dem Auto überlegen. Jeder Radfahrer hilft mit, der gedankenlosen Rohstoffverschleuderung Einhalt zu gebieten. Das Fahrrad benötigt wenig Platz, man benötigt keine Grünflächen, wenig Parkplatz und vor allem werden durch das Fahrrad keine Autofriedhöfe entstehen, die unansehnlich sind und auch für das Grundwasser belastend sind. Das Fahrrad ist im städtischen Nahverkehr die vernünftigste Lösung für unsere Verkehrsprobleme. Die Verkehrsstaus würden aufgelöst und Millionen, die für den Straßenbau benötigt werden, würden für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen. Die Defizite der städtischen Unternehmungen könnten somit wirkungsvoll bekämpft werden. Ein Radweg mit öffentlichen Haltestellen und das Umsteigen zu öffentlichen Autobusse würde ein Vergnügen sein. Die Volksgesundheit würde verbessert werden, denn jeder Radfahrer betreibt Ausgleichssport und die erhöhte Sauerstoffzufuhr stärkt Herz und Kreislauf.Ein Radfahrer erlebt eine Umgebung viel intensiver als ein Autofahrer. Er nimmt wegen der angepaßten Geschwindigkeit alles viel besser war. Ein Autofahrer rast an all dem Schönen auf dieser Welt vorbei. Autofahrer stumpfen ab. Der Autofahrer reagiert aggressiv und gewagte Überholmanöver oder Erzwingen des Vorranges sind das Ziel. Immer mehr Autofahrer benutzen das Auto als Instrument des Wutabbaues und bringt dadurch Kinder und alte Leute in zusätzliche Gefahr. Das Fahrrad ist in der Anschaffung und im Unterhalt ein billiges Fahrzeug. Jedes Schulkind hat ein Fahrrad. Denn sehr vieles spricht für das Fahrrad als universelles Nahverkehrsmittel. Für Umweltschützer ist es das beste Transportmittel und hier möchte ich ein Umweltschützer sein.
Ich glaube, es ist doch notwendig, das Fahrrad so zu beschreiben, wie es eben ist. Leider ist hier kein Verständnis zu finden. Ich hoffe, daß wir zumindest in nächster Zeit mehr das Fahrrad mit in unsere Verkehrsplanung einplanen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich möchte jetzt auf keine Details eingehen. Ich glaube, daß der Referent in seinem Schlußwort noch einiges zu sagen hat. Aber jetzt gleich zu Kollegen Ramoser. Im Stadtbad haben wir bereits einen Familientarif eingeführt. Was die Radwege anbelangt, so darf ich feststellen, daß wir in der Stadt Steyr im letzten Jahr sehr sehr viel gemacht haben und viele Millionen Schilling dafür ausgegeben haben. Ich erinnere den Ausbau der Steiner Straße, alleine der Radweg hat mehrere Millionen gekostet. Ich erinnere auch daran, daß wir im letzten Jahr vom Münichholz bis nach Garsten den Radweg fertiggestellt haben. Wir haben eine Planung, auch was das Radwegenetz anbelangt. Und jetzt zu den Verkehrsbetrieben. Ich glaube, ich habe es im Finanz- und Rechtsausschuß schon einmal gesagt, die Stadt Wels würde glücklich sein, wenn sie in dieser Lage wären, wie wir sind. In der Stadt Wels gibt es keinen öffentlichen Verkehrs-

unternehmer, denn das macht eine private Firma und die Stadt Wels hat im Jahr 1986 an dieses private Unternehmen mehr als S 13 Mio. zugeführt. Das ist angeblich das Defizit in der Stadt Wels gewesen. Die Summe, die Du genannt hast, Otto,bitte ich Dich zur Kenntnis zu nehmen, daß nicht alles an die Stadt abgeführt wird. Es gibt Strafgelder, die nicht an die Stadt abgeführt werden. Es sind über S 8 Mio. an Strafgeldern eingelangt, und nicht, wie Du gesagt hast, S 12 Mio.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:
Ich kann nur das sagen,was die Polizei sagt. Aber S 8 Mio. sind auch genug.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wir brauchen Millionenbeträge, und da sage ich sicherlich nichts Neues jährlich für die Reparatur der Stadt und Brücken , sowie für den Ausbau der Straßen. Das ist ja auch notwendig. Ich habe in dieser Woche eine Sitzung gehabt,und zwar eine Sitzung vom Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung. Der zuständige Beamte von der Landesregierung war dabei bei dieser Sitzung und hat die Frage gestellt an die Gemeinden im Reinhalteverband, ob ihnen bekannt ist, daß 1988 die von der Landesregierung verlangten Tarife einzuheben sind und wenn sie nicht eingehoben sind, kommen sie wieder zu ihm, bevor sie weitergehen, dann macht er einen Vermerk darauf und dann ist es sehr fraglich, ob diese Gemeinden noch weitere Förderungen vom Land bekommen. Beim Wasser ist es so, daß sie neue Felder erschließen wollen, das kostet viel Geld, da braucht man eben Rücklagen und am Kanalbausektor werden wir in den nächsten Jahren noch zig-Millionen Schilling kosten. Wir brauchen eben auch das Geld. Das möchte ich ganz deutlich hier zum Ausdruck bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Bitte das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte mich bei den ersten drei Vorrednern bedanken, die sehr objektiv und positiven Aussagen im Bezug auf die Jahresbilanz. Ich möchte jedoch auf einige Vorschläge bzw. kritische Aussagen Stellung nehmen.
Zu dem Vorwurf von Bürgermeister Holub bezüglich City-Bus kann ich nur eines sagen. Ich glaube, wenn der Stadtplatz neu gestaltet wird, wird sich sicherlich Gelegenheit geben, auch darüber zu diskutieren, ob wir einen City-Bus anschaffen können.Zu Kollegen Eichhübl. Bezüglich des Verlustes der Bestattung darf ich bemerken, daß ein Privatunternehmer, Sie kennen ihn ja alle, Bestattungen meist der ersten Klasse hat, während wir uns auch mit Sozialfällen begnügen müssen und daher eine Diskrepanz in der Höhe des Verdienstes. Zu Kollegen Ramoser möchte ich eines sagen, nämlich zu den Radwanderwegen betreffend Busstationen. Ich finde es sehr praktisch, vor allem dann, wenn bei der Haltestelle ein Fahrradbahnhof mit einer Aushilfsperson da ist. Nunmehr ersuche ich Sie, über die Jahresbilanz der Stadtwerke abzustimmen und ich erbitte Ihre Zustimmung und ersuche den Herrn Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Gegenstimmen oder

Stimmenthaltungen? Mit einer Stimmenthaltung ist der Antrag angenommen. Danke für den Bericht, Kollege Zöchling ist der nächste Berichterstatter. (1 Gegenstimme: GAL)

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Werte Herren Bürgermeister, meine Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen drei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen und bitte Sie um die Genehmigung. Der erste Antrag lautet:

10) ÖAG - 4636/87
Verkauf des Taborrestaurants
Taborweg 7 an Herrn Siegfried
Mayr, St. Ulrich 5

Der Gemeidnerat wolle beschließen:
Dem Verkauf der Liegenschaft Taborweg 7 (Taborrestaurant) mit dem Grundstück 402 Baufläche und den Grundstücksteilen 1121/2 und 1145/2 im Ausmaß von ungefähr 1.000 m² samt allem Zubehör und Inventar zum Preis von S 4,5 Mio. an Herrn Siegfried Mayr, Gastwirt, St. Ulrich 5, wird ebenso wie der Einräumung der Dienstbarkeiten laut vorstehendem Amtsbericht an den Genannten zugestimmt. Die Vertragsausfertigung hat nach Maßgabe dieses Amtsberichtes zu erfolgen. Sämtliche mit dem Verkauf verbundenen Kosten und Gebühren gehen zulasten des Käufers, die Kosten der notwendigen Vermessung und Feststellung des Grenzstandes gehen zulasten der Stadt. Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich kann mir vorstellen, daß es einige Gemeindemandatare gibt, die diesem Antrag, der auf Verkauf des Taborrestaurants hinausgeht, nicht unbedingt mit Jubel und Freude die Zustimmung geben werden, zumal auch der Finanzreferent unserer Stadt, Herr Vizebürgermeister Wippersberger, sich vor einiger Zeit in Anbetracht der wirklich sehr prekären finanziellen Situation unserer Stadt den Vorschlag gemacht hat, man möge beispielsweise das Hotel Nagl oder aber auch das Taborrestaurant veräußern, gemeint hat, das Familiensilber soll man nicht unbedingt antasten. Im Hinblick aber auf die bereits angezogene wirklich sehr dramatische finanzielle Lage unserer Stadt ist es sicherlich die beste Lösung, dieses Restaurant zu verkaufen, wenn man auch die Problematik, die sich seit Jahren um dieses Taborrestaurant darstellt, berücksichtigt und bedenkt. Ich schließe mich daher dem Amtsbericht an, vor allen Dingen dem Schlußsatz, in dem es heißt: Mit diesem Verkauf hofft der Magistrat die jahrelange Problematik rund um das Taborrestaurant und vor allem weitere finanzielle Aufwendungen der Stadt in dieser Richtung beseitigt zu haben und beantragt den Verkauf der Liegenschaft Taborweg 7 im angeführten Umfang an Herrn Siegfried Mayr.
Meine Damen und Herren, ein Umstand führt jedoch zu einem Nachgeschmack. Ich möchte abschließend ganz kurz auf diesen Umstand eingehen. Meine Damen und Herren, es ist ja sicherlich nicht gerade schmeichelhaft für den gesamten Gemeinderat, wenn er sich mit Anträgen befaßt, darüber diskutiert und dann über eine Sache abstimmt, die im Grunde genommen eigentlich schon längst gelaufen ist. Denn es ist schon seit geraumer Zeit bekannt, wer der neue Besitzer dieses Taborrestaurants sein wird und wann auch die Wiedereröffnung stattfinden wird. Das ist aber kein Vorwurf an

den neuen Besitzer, das möchte ich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, ist aber doch ein gewisser Vorwurf und Kritik an die Vorgangsweise. Es ist ja sicherlich nicht angenehm und das haben ja auch einige andere Mandatare aus diesem Kreis in einem Gespräch bestätigt, wenn man sich einerseits mit vertraulichen Unterlagen befaßt und beschäftigt und andererseits aber aufgrund von Hinweis und Ansprachen aus Kreisen der Bevölkerung darauf kommt, daß eigentlich schon lange vorher alles unter Dach und Fach ist. Vielleicht sollte man in Zukunft doch eine andere Vorgangsweise wählen. Das würde für alle Beteiligten sicherlich besser aussehen und würde vor allen Dingen von Haus aus ein gewisses Mißtrauen hintanhalten. Diesem Antrag gebe ich aber selbstverständlich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPPERSBERGER:
Ich habe schon fast geglaubt Kollege Eichhübl, daß Du Dich auf die Brust klopfen wirst und sagen, ich habe mich durchgesetzt, weil ich habe bei der Budgetsitzung gesagt, das Taborrestaurant soll verkauft werden. Wir tragen uns schon seit Monaten mit dem Gedanken eines Verkaufes des Taborrestaurants und mit Familiensilber habe ich etwas anderes gemeint, ich habe es zumindest so von Dir verstanden, daß Du Teilbereiche der Stadtwerke privatisieren möchtest. Das habe ich verstanden. Das war das, was ich über Familiensilber gesagt habe. Mit dem Hotel Nagl ist es auch so. Wir haben Schwierigkeiten, daß in diesem Haus unsere zentrale Stadtbücherei untergebracht ist und das ist nicht so einfach, denn die Bücherei ist ja wirklich sehr fantastisch gelegen. Wir finden keine zentraler Stelle für die Bücherei und mit Familiensilber habe ich eigentlich die Stadtwerke gemeint.

BÜRGERMEISTER HEINICH SCHWARZ:
Danke, noch jemand? Bitte Kollege Holub

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Einen kleinen Beitrag möchte ich Kollegen Eichhübl geben, warum der Verkauf des Taborrestaurants duraus kein Notverkauf im eigentlichen Sinn ist, wie Du das dargestellt hast. Ich glaube kaum, daß man die Finanzen der Stadt sanieren kann, ein Gebäude mit einem Verkehrswert von S 4,5 Mio. veräußert. Das ist sicherlich nicht der Hauptgrund. Wir alle wissen und das steht auch im Amtsbericht und Du hast es auch korrekt zitiert, daß es in den nächsten Jahres jede Menge Zores mit dem Taborrestaurant gegeben hat und daß man im wesentlichen sagen kann: "Außer Spesen, nichts gewesen!" Man hofft, daß durch das Übereignen in die private Verantwortlichkeit weg vom Pächter zum verantwortlichen Unternehmer etwas mehr Bemühung um den Wirtschaftserfolg im Restaurant an einer für die Stadt sehr bedeutsamen Stelle erwarten kann. Wir wollen hoffen, daß diese Erwartungen aufgehen. Aber recht viel schlechter kann es nicht mehr werden als es uns in letzter Zeit getroffen hat mit dem Pächter des Restaurants. Es war viel Pech auf diesem Haus, auch das ist lang im Amtsbericht dargestellt. Ich finde, daß wir Fehler der Vergangenheit damit korregieren. Wir wollen hoffen, daß die Glückhaftigkeit weitergeht. Es ist in dem Zusammenhang vielleicht noch zu erwähnen, daß wir in unseren Statuen ein Malheur eingebaut haben, daß derartige Verpachtungen ja außerhalb der Gremialorgane stattfinden können und ich glaube, wenn wir im Gremium beschließen hätten können, an wem die Verpachtung seinerzeit erfolgen

sollte,so wären aus dem Kreis des Gremiums Hinweise gekommen, daß man vielleicht Kandidaten auswählen hätte können, die besser revisiert hätten. Daß die Bauinangriffnahme bzw. daß die tatsächliche Inbesitznahme dieses Hauses so schnell erfolgt ist, hat sicherlich seinen Grund darin zu sehen, daß man nicht wollte, daß ein für einen Stadtteil für seine Infrastruktur wichtiger Betrieb unnötig lange geschlossen bleibt, weil die Weiterführung in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Eröffnung des Konkurses bzw. durch die Insolvenz der Pächter durchaus nicht gewährleistet gewesen wäre, wenn man alles abgewartet hätte. Es kann aber nicht so sein, daß das Bild so dargestellt wird, als hätte niemand gewußt, daß das Taborrestaurant aus dem Eigentum der Stadt gelangen soll, weil die Stadt in einer öffentlichen Ausschreibung in wirklich korrekter Weise an ihr Publikum herangetreten ist, wer sich für dieses Wirtschaftsunternehmen Taborrestaurant interessiert. Die Vorgangsweise war durchaus in Ordnung und die Einwohner am Tabor hätten sicher nicht verstanden,wenn aus reiner Einhaltung von Formalismus das Taborrestaurant länger als unbedingt notwendig außer Betrieb gewesen wäre. Das nur soweit dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Zur Kritik, daß bevor der Verkauf dieser Liegenschaft durch den Gemeinderat beschlossen wurde,bereits Baumaßnahmen in Angriff genommen wurden, kann man insoferne nicht im Raum stehen lassen, weil damit der Eindruck entsteht, man hätte sich einer etwas nicht ganz sauberen Vorgangsweise befaßt. In Wirklichkeit ist es so, der Hinweis, daß man den zukünftigen Eigentümer damit nicht belasten will, muß man genau dort belasten, wo nämlich der Wunsch entstanden ist. Der voraussichtliche Eigentumer ist an den Bürgermeister herangetreten, vorzeitig Bauarbeiten beginnen zu dürfen auf eigenes Risiko und Kosten. Wenn der Gemeinderat einen anderen Beschluß machen würde, so ist es sein Risiko, diese Umbauarbeiten zu beginnen und es wird ja schon ausgeführt. Daß es viele Gründe dafür gibt, dieses Haus, daß schon sehr rückläufig frequentiert wurde, möglichst rasch wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen in einer Art und Form, wo man gerne versucht hineinzugehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen. Das ist nicht der Fall. Der Referent verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag die Zustimmung gibt. Danke. Gegen den Antrag oder Enthaltungen sind keine zu verzeichnen. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Die zwei nächsten Anträge betreffen ein Aufschließungsübereinkommen mit der Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H. Der Antrag lautet:

11) Bau 2 - 4460/86
Aufschließungsübereinkommen mit der
Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H.
für Grundstück nahe Dachsbergweg

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Abschluß eines Aufschlie-

ßungsübereinkommens mit der Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H., 4020 Linz, Scharitzerstraße 11, zu Baureifmachung der in der Nähe des Dachsbergweges gelegenen Baugründe zu den nachstehend angeführten Bedingungen zugestimmt:
Die Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H. hat die Aufschließung des Baugeländes mit Wasser, Kanal und Zufahrtsstraße samt Beleuchtung auf eigene Kosten durchzuführen und den Bauwerbern zu verrechnen. Im Gegenzug verzichtet die Stadtgemeinde Steyr auf die ihr gesetzlich zustehenden Anliegerleistungen und die Anschlußgebühren. Die Aufschließungsmaßnahmen haben nach den vorliegenden Plänen des Ingenieurbüros Flögl und des Dipl.-Ing. Walter Breinesberger mit den vom Stadtbauamt Steyr geforderten Änderungen zu erfolgen. Die Herstellung der Wasserleitung wird vom Wasserwerk Steyr gegen Verrechnung der vollen Kosten vorgenommen.

Da die Fa. Compact nicht Grundeigentümer ist, muß das Übereinkommen auch von den künftigen Eigentümern mitunterfertigt werden. Zur Sicherung der Abtretung der Zufahrtsstraße und der Aufschließungsstraße in das öffentliche Gut haben die derzeitigen bücherlichen Eigentümer den Vertrag ebenfalls zu unterfertigen.

Um den Bauwerbern noch das Ansuchen um Wohnbauförderung in diesem Jahr zu ermöglichen, wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Abschluß des Übereinkommens ermächtigt. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Gegen den Antrag oder Stimmenthaltungen sind nicht zu verzeichnen. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Dasgleiche Übereinkommen gilt für den Sportplatz Fachschulstraße. Der Antrag lautet:

12) Bau 3 - 4314/87
Aufschließungsübereinkommen mit Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H., 4020 Linz, Scharitzerstraße 11, betreffend das Grundstück Sportplatz Fachschulstraße (ATV-Anlage)

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit der Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H., 4020 Linz, Scharitzerstraße 11, zur Baureifmachung des Siedlungsgebietes "Steyr-Sportpark" (ATV-Gründe), Fachschulstraße, zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Die Fa. Compact hat die Errichtung der Wasserversorgung des Abwasserkanales sowie der Aufschließungsstraße samt Beleuchtung auf eigene Kosten gemäß den dem Magistrat vorliegenden Plänen des Dipl.-Ing. Walter Brunner zu veranlassen.

Im Gegenzug verzichtet die Stadtgemeinde Steyr auf die Einhebung der ihr zustehenden Anliegerleistungen und Anschlußgebühren.

Der abzuschließende Vertrag ist vom ATV Steyr und von den bisherigen Käufern der Grundparzellen mitzuunterfertigen,um die Einhaltung des Übereinkommens zu sichern. Diese erklären mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis,die gegenständlichen Aufschließungsmaßnahmen auf eigene Kosten durchführen zu lassen, sollte die Fa. Compact-Finanzberatungs-Ges.m.b.H. dazu nicht in der Lage sein.

Die Herstellung der Wasserversorgungsleitungen ist vom Wasserwerk Steyr gegen Verrechnung der vollen Kosten durchzuführen.

Um die Erteilung der Baubewilligung noch in diesem Jahre zu ermöglichen, wozu der Abschluß des Aufschließungsübereinkommens Voraussetzung ist, und damit den Bauwerbern die Gelegenheit zum unverzüglichen Ansuchen um Wohnbauförderung beim Amt der OÖ. Landesregierung zu geben, wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Abschluß des Übereinkommens ermächtigt. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist auch nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Danke. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen sind nicht zu verzeichnen. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.
Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 5 Verhandlungsgegenstände erledigt und kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung, zur Aktuellen Stunde. Von der SPÖ bitte Kollege Wippersberger.

AKTUELLE STUNDE

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wie Ihnen vermutlich bereits aus den Medienberichten bekannt, glaubt die Österr. Volkspartei im Wege Landtagsbeschlusses, möglicherweise auch mit einfacher Mehrheit im Landtag, die drei Statutarstädte Linz, Wels und Steyr die Stadtstatute dieser Städte einschneidend zu verändern. Da dem Vernehmen nach die Vorstellungen der ÖVP bereits sehr konkrete Formen angenommen haben, sehe ich mich namens der sozialistischen Fraktion des Gemeinderates der Stadt Steyr veranlaßt, dazu kurz Stellung zu nehmen:

Vorerst einige Bemerkungen zur gegenwärtigen rein rechtlichen Situation: Der OÖ. Landtag ist durch die Landesverfassung in der Lage über die betroffenen Städte und gegen deren Willen Änderungen der Stadtstatute mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Im Klartext heiß es, daß die ÖVP durch ihre Mehrheit im Landtag den Statutarstädten ihren Willen aufzwingen kann. Das politische Ziel der ÖVP liegt anscheinend offenbar darin, in der Gemeindeverwaltung auf Umwegen, man könnte auch sagen durch eine Art Hintertür mehr Einfluß zu erlangen, als ihr nach dem demokratisch erzielten Wahlvorgängen zusteht. Es fragt sich daher, welchen Stellenwert der Begriff Stadt mit eigenem Statut für die ÖVP hat. Mit den Veränderungen, auf die ich noch kurz zu sprechen komme, wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der gewählten Organe der betroffenen Städte in einer wahrlich nicht demokratischen Weise untergraben. Es ist dies auch mitten in einer Funktionsperiode auch eine Respektlosigkeit dem Wähler gegenüber, der mit seinem Votum derzeitige Mehrheitsverhältnisse festgelegt hat. Und nun zu den Hauptinhalten, der von der ÖVP beabsichtigten

Änderungen. Nach der Vorstellung der ÖVP sollen in Zukunft die Stadtsenatsmitglieder nicht mehr dem Gemeinderat angehören müssen, jedoch in den Gemeinderat wählbar sein. Die Konsequenz wäre einerseits ein Untermauern des Wählerwillens, andererseits eine wesentliche Vermehrung der politischen Mandatare, im Fall der Stadt Steyr eine Aufstockung des Gemeinderates von derzei 36 auf 45. Dadurch würden sich die im Gemeinderat oftmals kritisierten Ausgaben für Politiker noch wesentlich erhöhen. Weiters soll die Stellung der Stadtsenatsmitglieder deutlich erweitert werden. Daß dadurch die Stellung des Bürgermeisters und auch des Magistrates entscheidend verändert werden würde, steht außer Frage. Der Bürger müßte vom Bürgermeister als Stadtoberhaupt Abschied nehmen. In der Folge würde sich auch die Frage nach dem hauptberuflichen Stadtsenatsmitglied stellen. Meiner Meinung nach würde der ÖVP-Vorschlag zwangsläufig zu hauptberuflich tätigen Stadträten führen, daß sie nur dadurch in der Lage wären, ihrer neuen Aufgabenstellung gerecht zu werden. Die sich daraus wieder ergebenden finanziellen Konsequenzen wage ich nicht abzuschätzen. Die liegen sicherlich jährlich in Millionenhöhe. Nach dem Willen der ÖVP soll der Magistrat zu einem Hilfsorgan der Stadt degradiert werden. Derzeit hat der Magistrat und der Beamte aufgrund seines Dienstgelöbnisses den Willen des Gesetzgebers zu vollziehen. Daß sich bei Durchsetzung der ÖVP-Vorstellungen in Zukunft Konflikte abzeichnen, liegt natürlich auch klar auf der Hand. Aus den dargelegten Gründen, die nur demonstrativ sind, spreche ich mich namens der sozialistischen Fraktion gegen den von der ÖVP im Oberösterreichischen Landtag beabsichtigten Änderungsantrag entschieden aus.Mit Befremden muß ich auch feststellen, daß die ÖVP zu dieser Frage, der sie offenbar große Bedeutung beimißt, in keiner der sozialistischen Mehrheitsfraktionen der drei oberösterreichischen Statutarstädte Kontakte aufgenommen hat. Dies hat zur Folge, daß es uns nicht möglich ist, zu ihren Vorstellungen konkrete Stellungnahmen abzugeben. Der Zweck meiner Wortmeldung war es, den Gemeinderat auf diese etwas eigenartige und mir bedenklich erscheinende Vorgangsweise der ÖVP hinzuweisen und dagegen rechtzeitig ein entschiedenes Veto zu erheben. Für mich bleibt die Frage an die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP-Fraktion im Raume stehen, wenn es um eine so wichtige Sache geht,daß man hier nicht mit uns Verbindung aufnimmt und mit uns selbst einmal darüber spricht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der ÖVP dazu? Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Kollege Wippersberger hat seinen Beitrag mit dem Ausdruck des Befremdens beendet. Diesen Ausdruck möchte ich gleichfalls gebrauchen. Ich bin auch befremdet darüber, daß Du befremdet bist, weil wir in der letzten Präsidiumssitzung besprochen haben, daß ich den Entwurf Euch zur Verfügung stelle und darüber diskutiert werden kann.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich rede schon ein ganzes Jahr davon im engsten Kreis und werde dann vor eine vollendete Tatsache gestellt. So schaut es derzeit wirklich aus.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich glaube, daß es jeder Partei offenstehen muß, ihre Überlegungen in ihrem Gremium zu machen. Ich habe bis jetzt nicht die Erfahrung gesammelt,

daß die sozialistische Partei bei uns fragen gehen kann, ganz gleich in welcher Ebene, welche Problematik es gibt und welche Vorschläge sie machen will. Ich glaube, daß ist keine Frage von mangelnder Loyalität, daß ist eine Frage von Selbstverständnis in der Demokratie, daß eine Partei sehr wohl in ihrem Gremium Überlegungen anstellen kann. Es darf doch nicht so weit kommen, daß man böse darüber ist, weil man im eigenen Gremium Grundsätzliches diskutiert. Die Stellungnahme meiner Fraktion gebe ich nicht nur deshalb ab, weil ich in Steyr Fraktions- und Parteiobmann bin, sondern weil ich auch in diesem Redaktionskomitee auf Landesebene mitvertreten bin.

ZWISCHENRUF MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Das heißt also, die ÖVP steht zu diesem Vorschlag.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich weiß nicht, ob Du es zu Deinen gedanklichen Gewohnheiten gemacht hast, lieber Kollege Mag. Klausberger, Dinge, bei denen Du mitbearbeitet hast dann wieder wegzulegen. Ich möchte auf einige Punkte, die jetzt hier angezogen wurden, Stellung beziehen, aber in 5 Minuten kann man nicht das ganze Themenwerk, das ja auch zwischen den Landtagsfraktionen vorhanden ist, so ist es auch nicht, daß das ohne Gespräche abgeht.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Die sozialistische Landtagsfraktion ist bisher nie befaßt worden. Die Gespräche fanden rein in Deiner Fraktion auf Landesebene über den Köpfen der Stadt hinweg statt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich kann mich nicht erinnern, daß es demokratische Gepflogenheit ist, daß man Dinge, die im Entwicklungsstadium sind, unentwegt der anderen Partei sagt.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER WIPPERSBERGER:
Ich glaube, wenn es um so bedeutsame Sachen geht, dann muß ich sagen, daß ich das sehr merkwürdig finde.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Es ist völlig unvorstellbar, daß man Änderungsvorschläge erarbeitet und vorher fragen muß , ob man daran arbeiten kann. Dieses Millionenkosten ist etwas, das wir durchaus nicht beabsichtigen. Es heißt ja, wir wollen die Möglichkeit schaffen, daß Stadtsenatsmitglieder nicht Gemeinderatsmitglieder sein müssen. Es könnte sich ja eine Situation ergeben, daß unter dem Druck bestimmter Sachaufgaben ein Fachmann als Stadtsenatsmitglied herangezogen werden muß und dieser Fachmann sitzt dann zufälligerweise nicht im Gemeinderat. Vergleichbares ist z. B. in der Bundeshauptstadt Wien passiert und ich glaube, der Herr Bürgermeister Zilk, der ja zweifellos von der sozialistischen Partei anerkannt wurde, war ja auch nicht Gemeinderatsmitglied als er Bürgermeister wurde. Man wird doch darüber nachdenken dürfen. Diese Millionen Mehrkosten, die da geschildert worden sind, sind meiner Meinung nach nullwertig, weil nämlich das Stadtsenatsmitglied, wenn es sich dem Gemeinderatsmandat entschlägt oder gar keines bekleidet, auch nicht Anspruch auf den Bezug des Gemeinderates hätte. Es müßte der Stadtsenatsbezug gekürzt werden und den Aktivbezug des Gemeinderates, sodaß zwar mehr Leute herinnensitzen in diesem Raum, aber nicht mehr Kosten dadurch entstehen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Weniger Bezug, dafür mehr Verantwortung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das ist der materielle Hintergrund, es soll ermöglicht werden, aber wie weit das in Steyr realisierbar ist bei den wirklich schmalen Bezügen der Stadtsenatsmitglieder, ist etwas anderes. Aber wir haben diese Möglichkeit diskutiert im Rahmen der 3 Städte Linz, Wels und Steyr, wobei ich in der Diskussion angedeutet habe, ich kann mir schlecht vorstellen, daß jemand um praktisch einen Gemeinderatsbezug die Arbeit des Stadtsenatsmitgliedes machen kann. Das heißt aber nicht machen muß. Es soll nur die theoretische Möglichkeit geschaffen werden. Wenn man sich aber die Bezüge der Linzer Mandatare anschaut und auch die der Welser Mandatare, so könnte ein Stadtrat in Linz sehr wohl den Bezug des Gemeinderats verschmerzen, ohne Sozialfall zu werden. Man muß das also im Ganzen sehen. Daß die Stellung des Bürgermeisters, das war ein Zitat, als Stadtoberhaupt in Zweifel gezogen werden soll, das ist eine sehr gute rhetorische Äußerung, aber entbehrt natürlich der Grundlage total, weil ja namens der Verfassung der Bürgermeister das Stadtoberhaupt ist. Ich bin wirklich überrascht, daß das in der Aktuellen Stunde hier angezogen wird, was besprochen war, das wir im Gespräch nehmen. Es ist ja natürlich der sozialistischen Partei unbenommen, in der Aktuellen Stunde jenes Thema des eigenen Wirkungsbereiches zu wählen, das zur Verfügung steht. Ich akzeptiere das auch. Aber das Befremden ist nicht nur bei Dir, lieber Herr Vizebürgermeister Wippersberger. Es soll auch nicht durch ein Hintertürl die Wählermeinung verfälscht werden. Es soll die Möglichkeit gegeben werden, in den Referaten auch zu arbeiten. Wenn wir über Statuten nachdenken, so bedeutet das nicht, daß das derzeitige Klima in der Stadt kritisiert wird. Im Gegenteil, ich habe immer hervorgehoben bei jeder sich bietenden Gelegenheit, und man kann es auch im Protokoll nachlesen, daß ich dem Herrn Bürgermeister Schwarz auch für die demokratische Führung seiner Geschäfte, daß ich ihm Respekt zolle und das habe ich Bürgermeister Schwarz mehrfach unter vier Augen gesagt, daß das gute Klima der Zusammenarbeit in der Stadt sehr wohl in der Person des Herrn Bürgermeister Schwarz eine sehr große Wurzel hat. Ich glaube, daß uns sehr viel verbindet, Herr Bürgermeister, und daß wir unter der derzeitigen personellen Konstellation durchaus keine Sorgen haben um das Klima in der Stadt. Aber ist doch wirklich so, daß man nicht von heute auf heute und von morgen auf morgen denkt, sondern daß man sich im klaren sein muß, daß das gute Klima und die Gesprächsbereitschaft eines Bürgermeister Schwarz in alle Zeiten auf unsere Nachfolger übergehen muß. Wir tragen beide nicht nur als gewählte Mandatare der Stadt Verantwortung, sondern wir tragen beide als gewählte Funktionäre unserer Parteien Verantwortung, daß wir unseren Nachfolgern, auch Rahmenbedingungen vorgeben. Nichts anderes soll es sein. Ich verstehe das nicht, daß man beleidigt ist, wenn eine Partei in ihren Gremien sich Gedanken macht, wenn eine Partei in den dafür zuständigen Organen diese Gedanken dann zur Diskussion einbringen will. Ich betrachte das durchaus nicht als Respektlosigkeit vor dem Wähler, sondern durchaus auch als politische Arbeit, zu der hat uns ja der Wähler auch berufen, nicht nur zum Verwalten, sondern auch zum politischen Abstecken von Rahmenbedingungen. Statute von autonomen Städten sind diese Rahmenbedingungen genauso wie es die Gemeindeordnung darstellt. Es gibt viele Punkte in autonomen Städten, die wesentlich anders sind als die der Gemeindeordnung und hier eine eher Gleichwärtsregelung anzustreben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich würde bitten, die Wortmeldung abzubrechen, Du hast ja selbst gesagt, daß man das nicht alles in 5 Minuten sagen kann. Ich darf bitten, daß man das jetzt beendet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich werde die Stellungnahme beenden, weil ich in der kurzen Zeit wirklich nicht mehr sagen kann. Ich glaube, daß die Österr. Volkspartei mit diesem Vorschlag zur Statutendiskussion einen demokratischen Beitrag geleistet hat und die Arbeit in dem dafür zuständigen Organ in ihrer eigenen Gliederung gemacht hat und das ist ein gutes Recht, das wird sie sich auch nicht nehmen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich möchte als Bürgermeister zu dem Problem auch doch kurz Stellung nehmen. Ich finde es richtig, weil es ein aktuelles Thema ist, weil es ja schon einige Zeit diskutiert wird und auch immer wieder von den anderen beiden Statutarstädten mitgeteilt wird, daß hier diese Besprechungen sind. Ich möchte darauf zurückkommen, daß wir ein Statut haben. Dieses Statut wurde im März 1980 vom Landtag einstimmig beschlossen, nach einem Beschluß, den der Gemeinderat in einer Sitzung gefaßt hat und den er an das Land weitergegeben hat. Damit waren alle Parteien einverstanden. Es war eine lange Diskussion zwischen den Fraktionen innerhalb der einzelnen Fraktionen notwendig. Ich möchte eines sagen, ich bin auch etwas befremdet, aber wir sind nicht böse, aber wir werden uns als Stadt Steyr dagegen wehren, daß man Instrumente benutzt, die die Gemeindeautonomie weitgehend ausschaltet. Es wird immer wieder betont seitens des Landes, auch seitens des Herrn Landeshauptmannes, daß das Allerhöchste, das es gibt, die Gemeindeautonomie ist. Eine Stadt mit einem eigenen Statut hat hier eine besondere Stellung innerhalb der Gemeinden und ich glaube, wir sollten uns dagegen wehren, daß man diese Autonomie antastet und ich glaube, man sollte es uns überlassen und das ist eine Frage der Mehrheitsverhältnisse in einer Stadt,wie wir das Leben auch hier im Gemeinderat und die Abwicklung hier im Gemeinderat gestalten. Das ist unsere Angelegenheit und nicht Angelegenheit irgendeiner anderen Einrichtung. Das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen und bin auch bereit, das in der Öffentlichkeit überall zu vertreten. Ich finde, daß die Verhältnisse durchaus änderbar sind, aber nur dann, wenn die Bevölkerung befragt wird und nicht hinten herum durch Verhandlungen, die hinter verschlossenen Türen abgeführt werden, natürlich dann an die Öffentlichkeit kommen, das ist ganz klar. Ich glaube aber,daß wir mit unserem jetzigen Statut, mit unseren jetzigen Bestimmungen durchaus den Anforderungen unserer Bevölkerung gerecht werden können. Soweit nur meine Stellungnahme dazu. Ich bin sehr froh darüber, daß Kollege Holub gesagt hat, daß er zwischen den Fraktionen hier in der Gemeinde gesprächsbereit ist, daß wir in unserem eigenen Wirkungsbereich über unsere Probleme auch einmal reden und nicht nur über andere Gremien das erfahren müssen. Soweit meine Stellungnahme dazu. Ich glaube, daß man alles vermeiden sollte, um hier den Willen der Wähler zu verändern in einer Form, die, so glaube ich, nicht ganz in Ordnung ist.
Seitens der GAL zu diesem Problem.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Für mich ist es sehr schwierig, überhaupt Stellung zu nehmen, da ich erst vor kurzer Zeit gehört habe, daß eine Änderung des Gemeindestatutes geplant ist. Ich möchte nur betonen, daß man solche Änderungen sicherlich nicht

hinter verschlossenen Türen machen soll. Es ist auch in der Stadt Steyr nicht immer üblich, daß man mit den kleinen Parteien zuerst redet und sie mitreden läßt. Aber Demokratie ist ein Spiel der Kräfte und die Mehrheiten setzen sich eben durch. Wenn man das Gemeindestatut des Landes Oberösterreich und das Statut der Stadt Steyr vergleichen würde und ich habe mir die Mühe einmal gemacht und ich bin darauf gekommen, daß das Gemeindestatut des Landes Oberösterreich sich gegenüber Kleinparteien und Minderheiten eher zuvorkommender verhält als das Stadtstatut der Stadt Steyr. Ich weiß ja nicht, wie weit die Änderungen genau die Minderheiten betreffen. Vielleicht kann es zu noch Ärgerem kommen und die Minderheiten noch weniger Recht haben, hier mitzusprechen. Leider ist mir keine Änderung bekannt und zuletzt wird es zu einer neuerlichen Diskussion kommen, wo bereits genau festgelegt werden wird, was geändert wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Es ist bedauerlich, daß man über so eine Gesetzesänderung hier in der "Aktuellen Stunde" mit knappen Worten und unvorbereitet Stellung nehmen soll, wobei es um eine sehr entscheidende Frage geht. Es ist nicht neu, daß man seitens des Landes Oberösterreich, sprich die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei, Vorstöße in der Öffentlichkeit gegen die Statuten der autonomen Städte Linz, Steyr und Wels vorgeht und es hat ja auch ein Zusammentreffen der Mehrheitsparteien dieser drei Städte, nämlich Linz, Wels und Steyr, gegeben und eine kurze Presseerklärung. Das möchte ich vorausschicken. Man müßte so eine entscheidende Frage sicherlich auf eine der nächsten Tagesordnung des Gemeinderates setzen. Ich habe ja bereits bei meiner Budgetrede im Dezember darauf hingewiesen, daß unser derzeitiges Statut für nicht möglich erscheinen läßt, daß hier einige Reformen durchgeführt werden, aber nicht im Sinne, wie es die Österr. Volkspartei es jetzt versucht, nämlich daß man die Gemeindedemokratie einstellt, ich bin dafür, daß eine Erweiterung der Gemeindedemokratie erfolgt. Ich bin entschieden dagegen und verurteile, daß eine Demokratie in der Gemeinde der untersten Einheit von der Obrigkeit diktiert wird, und zwar von der Mehrheit der Österr. Volkspartei in unserem Bundesland. Eine Änderung des Statutes der Stadt Steyr über die Köpfe der Bevölkerung, auch der Wähler hinweg sowie auch des Gemeinderates, ist abzulehnen. Diese Methode ist undemokratisch und wir werden uns gegen diese Durchpeitschen sicherlich mehrheitlich zur Wehr setzen. Es ist meiner Meinung nach vollkommen ungerechtfertigt, daß z. B. das Statut der Stadt Steyr und Bürgermeister Schwarz hat darauf hingewiesen, daß wir in allen Fraktionen beraten haben und auch die KPÖ-Fraktion im Hinblick auf mehr Demokratie für die kleinen Gemeinden auch eine Reihe von Klagen durchgesetzt hat und es sich bei diesem derzeitigen Statut doch damals um eine Erweiterung der Demokratie gehandelt hat. Für diese Änderung war eine 2/3-Mehrheit hier im Gemeinderat notwendig. Und wie undemokratisch ist es in unserem Land, wenn es der Obrigkeit möglich ist, nur mit einfacher Mehrheit dieses Statut abzuändern. Hier stelle ich die Frage, man müßte auch in der Landesregierung im Landtag einen Antrag stellen, damit diese undemokratische Maßnahme, nämlich daß man nur mit einer 1/3-Mehrheit politische Entscheidungen, die gefaßt werden in einer Stadtgemeinde mit einer 2/3-Mehrheit aufheben kann.

Ich bin der Auffassung, daß man über das derzeitige Statut unserer Stadt diskutieren soll. Man soll gemeinsam hier Änderungen für die Erweiterung der Demokratie einbringen und auch vom Gremium, nämlich hier vom Gemeinderat, dann beschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Damit ist der Reigen zu diesem Thema abgeschlossen. Ich frage nun die ÖVP. Kollege Hochrather bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Als Verkehrssprecher der ÖVP möchte ich mich in einem Beitrag der "Aktuellen Stunde" über die Verkehrssituation der Region und insbesondere auch der Stadt Steyr befassen. Da mit einer Verbesserung der straßenmäßigen Verbindung in den Zentralraum Linz und Wels in der nächsten Zeit kaum zu rechnen ist, will ich mich heute mit der Bahn befassen. Am 18. Nov. 1987 gab der Verkehrsminister Streicher und der Generaldirektor der ÖVP Dr. Übleis das Ausbauprogramm der neuen Bahn für die Jahre 1988 bis 1992 der Öffentlichkeit vorgestellt. Als Projekt 2 dieses Ausbauprogrammes wurde der Ausbau der Westbahn Streckenabschnitt St. Pölten bis Attnang-Puchheim präsentiert. Ein wesentlicher Teil dieses Ausbaues der Westbahn auf der Strecke St. Pölten bis Attnang-Puchheim ist die Errichtung von 87 km Neubaustrecke. Neutrassierungen sind unter anderem im Bereich zwischen Stadt Haag und Linz vorgesehen. Eine Einbindung der Stadt und der Region Steyr ist für den Ausbau der Westbahnstrecke jedoch nicht vorgesehen. Aus diesem Grunde hat sich ja auch die Aktionsgemeinschaft "Westbahn für Steyr" gegründet, die von allen Entscheidungsträgern und von der Bevölkerung unserer Region massiv unterstützt wird, deren Ziel es ist, die Einbindung von Stadt und Region Steyr in die Westbahnstrecke zu erreichen. Die Einbindung der Krisenregion Steyr würde die historische Chance bieten, den bisherigen Standortnachteil dieses alten Industriegebietes aufzuheben. Gleichzeitig würde dies eine wesentliche Ver besserung der Verkehrssituation im Hinblick auf den in der Region notwendigen Fremdenverkehr bedeuten. 22.000 Menschen dieser Region haben diese historische Chance erkannt und den vom Aktionskomitee verfaßten Aufruf unterschrieben und ihre schriftliche Bitte um Unterstützung bei diesem Anliegen an den Bundeskanzler Vranitzky gesandt. Auch die große Teilnehmerzahl an der Informationsveranstaltung im Stadtsaal am 26. Nov. 1987 hat das Interesse für die geforderte Einbindung kundgetan. Die beiden ÖVP-Nationalratsabgeordneten Molterer und Dr. Gaigg haben am 27. 11. 1987 an Verkehrsminister Dr. Streicher die schriftliche Anfrage gestellt, ob es erstens seitens der ÖBB Überlegungen gibt, im Zuge des Ausbaues der Westbahnstrecke die Stadt und Region Steyr in diese Westbahnstrecke einzubinden und zweitens, ob es bereits diesbezügliche Planungen der ÖBB gibt und drittens, wenn nein, ob Verkehrsminister Streicher veranlassen wird, daß die Möglichkeit einer Neutrassierung der Westbahnstecke unter Einbindung der Stadt Steyr seitens der ÖBB geprüft wird. Die schriftliche Antwort des Verkehrsministers zu diesen Fragen liegt nun vor und darin heißt es: Eine Direktanbindung der Stadt Steyr im Wege einer Neutrassierung der Westbahn ist von den ÖBB nicht vorgesehen, da sich dadurch eine längere Fahrzeit, erhebliche Mehrkosten und Nachteile für die an der derzeitigen Westbahnstrecke gelegenen Orte ergeben könnten. Eine Verbesserung des Eisenbahnanschlusses von Steyr an das gesamte Hochleistungsstreckennetz ist durch eine Verbesserung der Anbindungen in St. Valentin im Rahmen des integrierten Tagfahrplanes vorgesehen. Im Rahmen des Konzeptes die Neue Bahn-Hochleistungsverkehr soll

dem derzeitigen Projektstand die Stadt Steyr über die bestehende elektrifizierte Strecke in St. Valentin durch ein verdichtetes Zugangebot mit dem geplanten Interregioverkehr schnelle Tageszubringer als Anschlußservice für den Eurocity-und Intercityservice an die Westbahn geknüpft werden. Im Zuge der Gespräche mit der Steyrer Bürgerinitiative sollen Vertreter der Stadtgemeinde Steyr wurde festgelegt, daß die ÖBB bis Ende Jänner 1988 eine zusätzliche Einbindung der Stadt Steyr in die Westbahn kosten- und nutzenmäßig untersuchen werden. Unabhängig davon wird noch der Fahrplan 1988/89 und das ist ab 29. Mai 1988, durch die Einführung eines neuen Eilzugpaares zwischen Steyr und Linz mit Umsteigmöglichkeit in St. Valentin Richtung Wien das Fahrplanangebot kurzfristig verbessert. Für dieses neue Eilzug bzw. dieses neue Eilzugpaar sind folgende Verkehrszeiten vorgesehen: Er soll an Werktagen außer samstags in Steyr um 5.55 Uhr abfahren und in Linz um 6.34 Uhr ankommen. Zurück dann von Linz mit der Abfahrt 16.08 Uhr und trifft in Steyr um 16.48 ein. Das wäre sicherlich, was die Fahrzeit von 40 Minuten betrifft, ein ganz gutes Angebot. Jedoch kann ich mir nicht vorstellen, daß mit dieser einen Zugsverbindung für Bedienstete im Handel, Gewerbe oder auch im Dienstleistungsbetrieb, die ja alle Arbeitszeiten haben, die nach 16.00 Uhr enden, eine Verbesserung erfahren sollen. Diese angebotene zusätzliche Zugsverbindung wird die prekäre wirtschaftliche Lage der 100.000 Einwohner zählenden Region Steyr, insbesondere was den Fremdenverkehr anlangt, kaum entschärfen. Es muß daher unser aller vordringlichstes Anliegen sein, die in der Anfragebeantwortung von Verkehrsminister Streicher versprochene kosten- und nutzenmäßige Untersuchung einer Einbindung der Stadt Steyr in die Westbahn zu verfolgen und nicht müde zu werden, die Einbindung mit allen noch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu betreiben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich möchte zur Aufklärung hier sagen, daß wir selbstverständlich diese Bestrebungen weiter fortsetzen, das darf ich ganz klar zum Ausdruck bringen. Ich habe keine Abschrift dieser Mitteilung bzw. dieser Anfragebeantwortung an die Abgeordneten Molterer und Gaigg. Ich würde bitten, ob ich das haben könnte. Mir wurde mitgeteilt auch seitens der Generaldirektion der Bundesbahnen, daß bis Ende Jänner diese Studie übermittelt wird und ich habe vor, daß diese Studie dann genau geprüft wird und wir werden dann weitere Schritte uns entsprechend überlegen. Soweit mieie Mitteilung zu diesem Problem. Gibt es seitens der SPÖ dazu eine weitere Stellungnahme? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich glaube, ich kann mich ganz kurz fassen. Wir sind uns alle einig, daß bessere Verkehrsmaßnahmen für die Stadt Steyr lebensnotwendig sind. Es haben sich in den letzten Jahrzehnten dutzende freie Betriebe, Mittelbetriebe angesiedelt und wenn Sie die Arbeitslosenziffern von Steyr und von Wels vergleichen, dann kann man nur sagen: Mein Gott, haben die es schön! Da gibt es fast keine Arbeitslosigkeit. Auf eine offene Stelle kommen derzeit 3 Arbeitslose und bei uns in Steyr sind es 17. Die Welser haben aufgrund der günstigen Verkehrslage ganz andere wirtschaftliche Möglichkeiten, haben sich ganz anders entfalten können und das muß natürlich für uns entscheidend sein, daß wir uns alle gemeinsam bemühen, die Verkehrsanbindung von Steyr zu verbessern. Das nicht nur auf dem Sektor Schiene, sondern auch auf dem Sektor Straße. So kann es nicht gehen, wie es jetzt schon wieder läuft, man hat gehört, in Dietach da

machen wir keine Umfahrung, weil sie sind sich nicht einig, ob eine Ost- oder eine Westumfahrung. Es bleibt so wie es ist. Da werden wir nie zu einer besseren Verbindung kommen, wenn immer alles so bleibt , wie es ist. Jetzt reden wir schon jahrzehntelang davon, daß der oberösterreichische Verkehrsraum besser angeschlossen werden soll auch straßenmäßig. Gerade in diesem Raum gab es mehrfach Todesfälle, schwerste Unfälle. Es gehört auf diesem Sektor etwas gemacht. Ich glaube, wir sind uns alle einig, die wir hier sitzen, daß wir uns gemeinsam bemühen müssen, die Verkehrsanbindungen zu verbessern. Selbstverständlich steht auch die sozialistische Fraktion hinter dieser Forderung, die Neue Bahn nach Steyr zu bringen. Ob es uns gelingen wird, ist eine zweite Sache. Wir müssen uns ganz fest bemühen, daß wir da etwas erreichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke Kollege Wippersberger. Kollege Pimsl als Referent.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Aktionsgemeinschaft "Bahn 2000" ist meiner Meinung nach eine konsequente Fortsetzung der Forderung des Gemeinderates der Stadt Steyr, seine Anbindungen sowohl auf Schiene wie auch auf Straße auch im oberösterreichischen Zentralraum zu verbessern. Es ist erfreulich, daß 22.000 Unterschriften zustandegekommen sind und es ist damit schon dokumentiert, daß der Bürgermeister und der Vizebürgermeister im Präsidium dieser Aktionsgemeinschaft vertreten sind. Wovor ich allerdings warne ist, daß diese Aktion einer besseren Bahnanbindung, die ja konsequenterweise die Straße miteinbeziehen muß, zu einer parteipolitischen Angelegenheit hochgespielt wird, weil wir meinen, daß wir bisher schon, und das über Jahre, in dieser Frage eine absolute gemeinsame Linie haben. Ich bin der Auffassung, daß es unzweckmäßig ist, weil von der ÖVP sozialistischen Mandataren vorgeworfen wird, sie würden in dieser Frage unaktiv sein und sich für die Belange der Stadt nicht einsetzen, wie eine Aussage von Parteisekretär Murauer vor kurzen in den Medien zu lesen war. Möglicherweise ist das nur ein Ausrutscher und ich habe auch nichts gelesen, daß beispielsweise der Kollege Kogler, ebenfalls Abgeordneter zum Landtag, sich hier bemerkbar gemacht hätte, wenn man zur Genüge auflistet, wer etwas tut oder nicht tut. Das sei mir gestattet zu sagen.Es geht hier darum, daß das Problem als eines der dringlichsten für die Stadt und die Region ist und daß dieses Problem einer Lösung bedarf. Da sollten wir uns gemeinsam anstrengen, zu einer für uns befriedigenden Lösung zu kommen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß vom Magistrat über Jahre hindurch persönliche, schriftliche Vorsprachen bei verschiedenen Ministern, die wechseln ja öfter als wir in der Stadt die Mandatare, gemacht wurden, daß man zweifellos auch mit diesem Nachteil zu kämpfen hat, weil ja eben ein jeder Minister sich einarbeitet und auch die Probleme unter Umständen differenzierter betrachtet. Aber es muß möglich sein, hier Verbesserungen zu bekommen, wobei noch zu unterscheiden ist und ich bitte, das zu beachten, weil vielfach von der Bevölkerung einerseits der Fernverkehr mit dem Nahverkehr verquickt wird und dadurch ganz andere Auffassungen entstehen als wir selbst damit meinen. Die Mitteilung, daß zwei Schnellzugspaare zwischen Linz und Steyr zukünftig verkehren werden und auch dadurch eine bessere Umsteigmöglichkeit gewährt wird, ist nur ein Beginn, aber hoffentlich nicht schon das Ende einer Verbesserung für die Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der GAL niemand. Kollege Treml bitte namens der KPÖ.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, ich brauche nicht besonders unterstreichen, wir von Steyr brauchen eben die Anbindung an die Westbahn und durch die Neutrassierung und den Ausbau der Westbahnstrecke besteht nun die Jahrhundertchance, daß eine Trassenführung eben über Steyr realisiert wird. Ich habe ja schon einige Male in der Öffentlichkeit sowie auch in meiner Budgetrede besonders dies unterstrichen und es ist mir nach wie vor auch unverständlich, daß in bestimmten Gremien, die eigentlich die Belange unserer Stadt unterstützen sollen, dies nicht tun. Ich habe hingewiesen auf den Verkehrsausschuß der Arbeiterkammer, die eigentlich ohne Prüfung auf diese Frage der Anbindung verworfen hat. Ich habe schon diese Erklärung gelesen und Minister Streicher der Anfrage im Nationalrat diese Antwort gegeben hat, nämlich daß eine direkte Anbindung der Stadt Steyr im Wege einer Neutrassierung der Westbahn von den Österreichischen Bundesbahnen nicht vorgesehen ist, da sich dadurch eine längere Fahrzeit und erhebliche Mehrkosten und Nachteile für die an der derzeitigen Westbahnstrecke gelegenen Orte ergeben könnten. Hier zeigt sich dasselbe, daß bevor noch dieses Versprechen eingelöst wird, wir werden es prüfen, da sagt der Minister gleich, daß das gar nicht in Frage kommt, das kostet zu viel. Ich glaube, daß wir von der Stadt aber auch mit den Umlandgemeinden - das sind doch rund 100.000 Einwohner - uns eben stärker als bisher wehren müssen gegen diese voreiligen Aussagen und wir verlangen, daß diese Neutrassierung auch kostenmäßig überprüft wird, aber nicht nur die Entscheidung auf Grund der Kosten fällt, sondern aufgrund der wirtschaftlichen Situation von der Anbindung dieser Region. Es ist erfreulich, daß sich eine breite Öffentlichkeit von immerhin 22.000 Personen, die mit ihrer Unterschrift bestätigt haben und Interesse zeigen, daß es notwendig ist, hier die Möglichkeit zu nützen und daß es auch unsere Aufgabe ist, nicht nur im Komitee im Rahmen der Aktion Westbahn für Steyr zu wirken, sondern daß es eine Aufgabe des Gemeinderates ist und auch ein Beschluß notwendig ist und nicht nur Absichtserklärungen von den verschiedenen Parteienvertretern oder Aussagen bei öffentlichen Veranstaltungen weiterhelfen. Ich schlage daher vor, daß wir uns in einem Tagesordnungspunkt mit dieser Situation der Anbindung von Steyr an die Westbahn beschäftigen und unsere Auffassung durch einen einheitlichen Gemeinderatsbeschluß dokumentieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke Kollege Treml. Wir sind damit am Ende dieses Themas angelangt. Ich darf abschließend zu diesem Problem nochmals sagen, wir wollen jetzt diese Stellungnahme der Generaldirektion abwarten und dann die weiteren Schritte überlegen, wobei die Überlegungen in alle Richtungen gehen werden.
Namens der GAL gibt es kein aktuelles Thema. Hat die KPÖ ein Thema. Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eine aktuelle Situation in Oberösterreich über die Verländerung des Finanzausgleiches veranlaßt mich heute, dazu im Gemeinderat Stellung zu nehmen: Der Landeshauptmann Dr. Ratzenböck strebt nämlich eine Verländerung des Finanzausgleiches an. Dies ist nach meiner Auffassung strikt abzulehnen, da dies den Druck der Landesregierung auf die Stadt und auf die Gemeinden

noch mehr verstärken würde. Daher soll die zentrale Kompetenz des Bundes beim Finanzausgleich beibehalten werden. Und dafür soll sich auch der Steyrer Gemeinderat in aller Öffentlichkeit aussprechen.
Die KPÖ-Fraktion bekennt sich auch zum abgestuften Bevölkerungsschlüssel als Bemessungsgrundlage für die Zuteilung der Geldmittel aus dem Finanzausgleich an die Gemeinden, da auch in der heutigen Zeit die von den Städten und großen Gemeinden verlangten Aufgaben höher sind als jene in Kleingemeinden, so etwa bei der Arbeitsplatzsicherung, beim Verkehr, Umweltschutz, um nur einige Bereiche zu nennen.
Notwendig bei der fälligen Neuregelung des Finanzausgleichsgesetzes sei, unbedingt einen einheitlichen prozentuellen Anteil bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben für die Gemeinden bei allen Steuern festzulegen. Derzeit haben nämlich die Gemeinden gerade bei den am meisten wachsenden Steuern den geringsten Anteil und erleiden dadurch große Verluste.
Als eine unbedingte Notwendigkeit sieht die KPÖ-Fraktion auch die Abschaffung der Landesumlage, um den damit verbundenen Druck des Landes auf die Autonomie der Gemeinden zu beseitigen. Den Gemeinden müßten soviel finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß sie möglichst ohne Bedarfszuweisungen die von ihnen verlangten Aufgaben erfüllen können, ohne also beim Land betteln gehen zu müssen.
Außerdem müßten in den Städten und Gemeinden neue Einnahmequellen erschlossen werden, wozu entsprechende bundes- und langesgesetzliche Regelungen notwendig seien. So müßte etwa eine Einhebung einer Gemeindeabgabe auf leerstehende Wohnungen ermöglicht werden, wodurch meiner Meinung nach auch das Wohnungsproblem entschärft werden könnte.
Abschließend möchte ich sagen, eine Neuregelung des Finanzausgleiches sei schließlich im Zusammenhang mit einer sozialen Steuerreform zu sehen. Es dürfte nicht um eine bloße Umverteilung der Gelder aus dem FAG-Topf zwischen den Gemeinden gehen, um diese gegeneinander auszuspielen. Vielmehr müßten durch die Eintreibung hinterzogener Steuern und die entsprechende Besteuerung großer Vermögen, etwa durch eine Zinsertragssteuer, mehr Mittel für den Finanzausgleich herangezogen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Bitte Kollege Wippersberger namens der SPÖ zu diesem Problem.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der Städtebund ist seit Jahren bemüht, daß Gemeinden und insbesondere die Städte mehr Gelder aus dem Finanzausgleich bekommen. Es ist ja so, daß der Bundestopf aufgeteilt wird, einen Teil bekommt der Bund, einen Teil die Länder und einen Teil die Gemeinden.

Nachfolgender Teil der Stellungnahme des Herrn Vizebürgermeisters Wippersberger konnte aufgrund eines technischen Gebrechens beim Aufnahmegerät nicht protokolliert werden.

Wichtig wird ganz besonders sein, daß eben beim neuen Finanzausgleich für die Gemeinden, für die Städte mehr herausschaut, d. h. es müssen die Länder und der Bund etwas Haare lassen. Da ist nicht nur die

Stadtgemeinde Steyr, sondern eine ganze Reihe Gemeinden in Oberösterreich sind in Finanznot geraten und wir hatten vor kurzem eine Vorsprache beim Landeshauptmann und es war der Bürgermeister und Kollege Holub mit dabei und wir haben den Landeshauptmann darauf hingewiesen, wie schwierig die finanzielle Situation in unserer Stadt geworden ist. Er hat uns seine Hilfestellung zugesagt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich darf also sagen, daß die Problematik von uns bei jeder Vorsprache, die also beim Land passiert, immer wieder vorgetragen wird, daß die Finanznot der Gemeinden, also das betrifft ja nicht nur Steyr, sondern allgemein die Finanznot zusehends steigt. Es sind im heurigen Jahr - die Pressemeldungen sind ja bekannt - in Oberösterreich mehr als 80, ich glaube 82 Gemeinden, die den ordentlichen Haushalt nicht haben ausgleichen können. Auch der Gemeindereferent Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grünner hat auf diese Problematik bereits hingewiesen. Ich kann mir nur vorstellen, daß auf Sicht gesehen eine Lösung über eine Neuregelung oder bei der Neuregelung des Finanzausgleiches denkbar ist. Es wird sich natürlich jede Gebietskörperschaft wehren, der Bund und das Land natürlich auch, wenn zugunsten einer anderen Gebietskörperschaft Veränderungen eintreten. Man muß das objektiv sehen und die objektive Schwierigkeit der Gemeinden, die ja ansich eine bürgernahe Verwaltung gestalten soll, ins Auge fassen und das kostet einfach mehr und die Aufgabenstellungen werden immer größer und die Ausgaben und Belastungen aus dem Grund der Gemeinden immer größer. Ich kann mir nur vorstellen, daß es auf diesem Wege geht. Das kann nicht nur der Städtebund, sondern das muß auch der Gemeindebund, der auch in dasselbe Horn bläßt, denn er ist genauso Vertreter von Gemeinden, tun und wir werden überall dort, wo wir Möglichkeiten haben, auf diese Problematik ganz besonders hinweisen in jedem Gremium, bei jeder Vorsprache. Wir haben das in der Vergangenheit gemacht und werden das mit besonderem Nachdruck immer wieder tun.
Seitens der ÖVP zu diesem Problem?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Recht viel läßt sich ja zur Zeit noch nicht sagen, außer zu unterstreichen, was der Herr Bürgermeister jetzt gerade gesagt hat, daß der Finanzausgleich reformbedürftig ist, das wissen alle Gemeinden und das weiß sogar der Bund und die beiden Verhandler im Finanzausgleich bzw. in dieser Finanzausgleichsgesprächsrunde sind auf der einen Seite Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und auf der anderen Seite Vizebürgermeister Mayr aus Wien sind sicherlich sehr akkurat dahinter, daß der Finanzausgleich durchaus taxativ reformiert wird. Allerdings möchte ich sagen, daß wir in der Tat jetzt leider Gottes auch eine der 82 Gemeinden sind, die den ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen können. Und daß diese 82 Gemeinden unter den derzeitigen Finanzausgleichsvoraussetzungen auf Bedarfszuweisungen des Landes blutig angewiesen sind und die können nur gedeckt werden, solange es die Landesumlage gibt. Leider Gottes sind wir jetzt eine der Gemeinden geworden, die aus dieser Landesumlage um Hilfe bitten. Ich möchte jetzt wirklich nicht ins Detail gehen. Ich kann nur sagen, hoffentlich gehen die Finanzausgleichsverhandlungen zum Vorteil der untergeordneten Gebietskörperschaften positiv aus, damit die

Finanznot bei den Gemeinden besser beherrscht werden kann. Das ist sicherlich ein ganz interessantes Thema, aber man weiß noch nicht so viel.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der GAL dazu. Nicht der Fall.
Damit, meine Damen und Herren sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Die Aktuelle Stunde ist ebenfalls abgewickelt. Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse im Ausmaß von S 889.200,-- zur Kenntnis genommen hat und daß bei den Verhandlungsgegenständen eine Gesamtsumme von S 24,813.000,-- beschlossen wurde. Danke für die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.30 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Gemeinderat Otto Treml e.h.
Gemeinderat Herbert Lang e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präs. Dir. Dr. Alphasamer e.h.
VB. Winklmayr Eveline e.h.